

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nummer 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nummer 419.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,80. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungskarte Nr. 4089 a 4 Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 106

Donnerstag, den 7. Mai 1896

3. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 5. Mai.

Aus dem Reichstage. Der Reichstag begann heute die zweite Verathung des Margarinegesetzes. Die Debatte bot das Bild, an das man sich jetzt bei Verathung wirtschaftspolitischer Gesetze schon gewöhnt hat. Die Agrarier in stetem Vordringen, die Regierung stets willig, durch das laubische Joch zu gehen. Besonders heiß gestritten wurde um das Verbot, Margarine durch Zusatz von Farbstoffen zu färben. Vergebens legten unsere Genossen Wurm und Herbert dar, das Verbot sei verwerflich, da es bezwecke, dem arbeitenden Volke die ihm heute leider noch unentbehrliche Margarine, die ohne Zusatz von Farbstoffen grau und unappetitlich aussieht, zu verfeinern. Vergebens wies Minister v. Hammerstein nach, daß nach den neuesten Versuchen, Margarine auch ohne Zusatz von Farbstoffen schon durch intensiv gelbes Del zu färben, der Antrag unnütz wäre. Die Agrarier wollten ihren Willen haben und so wurde das Färbeverbot in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen. Die moderne Technik wird den Herren schon die richtige Antwort geben, indem sie über diese wie über ähnliche Schildbürgerverbote einfach zur Tagesordnung übergeht. Ein anderer Giftzahn wurde der Vorlage glücklich ausgerissen, indem der zwangsweise Phenolphthaleinsatz für Margarine abgelehnt wurde. Es war nachgewiesen, daß er wieder entfernt werden kann, also unnütz ist. Es ist ferner nach Versuchen des Reichsgesundheitsamts sehr wahrscheinlich, daß er gesundheitsschädlich ist. Das genügt der Mehrheit, um diese Bestimmung abzulehnen. Die Paragraphen, die der Polizei jederzeit Zutritt in die Räume der Margarineproduzenten und -Verkäufer gestattet, wurden unverändert angenommen. Das thaten dieselben Herren, die neulich bei der Bäckerinterpellation nicht genügend Worte der Entrüstung für die Einmischung der Polizei in gewerbliche Verhältnisse finden konnten. Morgen stehen auf der Tagesordnung: Fortsetzung der Verathung des Margarinegesetzes und dritte Verathung des Erwerbs- und Wirtschaftsgesetzes.

84. Sitzung.

Am Bundesrathstische: v. Büttcher, Frhr. v. Hammerstein, Logten.

Präsident von Buol eröffnet die Sitzung um 1 Uhr. Das Haus tritt in die zweite Verathung des Gesetzentwurfs betr. den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln, der sogenannten Margarine-Vorlage.

§ 1 bestimmt: „Die Geschäftsräume und sonstigen Verkaufsstellen, einschließlich der Werkstände, in denen Margarine, Margarinkäse oder Kunstspeisefett gewerbsmäßig verkauft oder feilgehalten wird, müssen an in die Augen fallender Stelle die deutliche, nicht verwischbare Aufschrift „Verkauf von Margarine“, „Verkauf von Margarinkäse“, „Verkauf von Kunstspeisefett“ tragen.“

Margarine im Sinne dieses Gesetzes sind diejenigen, deren Milchbutter oder dem Butterfett ähnlichen Zubereitungen, deren Fettgehalt nicht ausschließlich der Milch entstammt.

Margarinkäse im Sinne dieses Gesetzes sind diejenigen käseartigen Zubereitungen, deren Fettgehalt nicht ausschließlich der Milch entstammt.

Kunstspeisefett im Sinne dieses Gesetzes sind diejenigen, dem Schweinefett ähnlichen Zubereitungen, deren Fettgehalt nicht ausschließlich aus Schweinefett besteht. Ausgenommen sind unverfälschte Fette bestimmter Thier- oder Pflanzenarten, welche unter den ihrem Ursprung entsprechenden Bezeichnungen in den Verkehr gebracht werden.“

Die Kommission — Referent Abg. Mattich (R.) — beantragt unveränderte Annahme des Paragraphen.

§ 1 wird debattelos angenommen.

§ 2 spricht das Verbot der Vermischung von Butter mit Margarine aus.

Die Kommission beantragt einen Zusatz, nach dem von Milch erzeugten nur Magermilch mit einem vom Bundesrath festzustellenden Fettgehalt zur gewerbsmäßigen Herstellung von Margarine benutzt werden dürfen.

Fusangel (Z) erklärt sich gegen diesen Kommissionsantrag, dem seine Freunde in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen könnten.

Dr. Clemm-Ludwigshafen (N.) spricht sich gleichfalls gegen die Annahme des Kommissionsantrages aus und hält es für richtiger, die Regierungsvorlage wieder herzustellen und bis zur dritten Lesung eine andere Fassung zu vereinbaren.

Weiß (FSp.) macht darauf aufmerksam, daß man durch die Annahme des § 2 die Landwirtschaft direkt schädige, denn jetzt werde Milch in erheblichem Umfange zur Margarinefabrikation verwendet.

Iskraut (Nsp.) tritt für die Aufrechterhaltung der von der Kommission eingefügten Bestimmung ein, um dem unlauteren Wettbewerbe ein Ende zu machen, der mit der mit Vollmilch ver-

setzten Margarine der Butter gemacht werde. Streiche man den Zusatz der Kommission, so werde das Gesetz unwirksam bleiben.

Herbert (SD): Wir haben unsern Antrag gestellt, um den unlauteren Wettbewerb der Agrarier zu bekämpfen. Unter den heutigen Verhältnissen ist die Masse des Volkes gezwungen, Margarine zu essen. Es ist bezeichnend, daß die Antilemten, die sich sonst als Handwerkerfreunde ausgeben, sich hier für die Agrarier ins Zeug legen. Bei der Stimmung im Hause ist ja Aussicht vorhanden, daß die Regierungsvorlage wieder hergestellt wird. Ich wollte nur das Gebahren der Agrarier festnageln, die dem Volke dieses wichtige Nahrungsmittel entziehen wollen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Preussischer Landwirtschaftsminister Frhr. v. Hammerstein: Ich habe Namens der verbündeten Regierungen zu erklären, daß eine Stellungnahme derselben zu den Kommissionsbeschlüssen erst erfolgen wird, wenn definitive Beschlüsse des Hauses vorliegen werden. Ich kann mich also nicht darüber äußern, inwieweit die Kommissionsbeschlüsse auf das Zustandekommen des Gesetzes von Einfluß sein können. Daran aber will ich doch hinweisen, daß der Schwerpunkt des Gesetzes in der strengen Durchsicherung der technischen Kontrolle liegt, nicht in einzelnen vertheidigenden Bestimmungen. Von diesem Gesichtspunkte muß ich Sie bitten, den Kommissionsantrag abzulehnen und die Regierungsvorlage wiederherzustellen. Absicht des Gesetzes kann es nicht sein, die Margarine zu verschlechtern und ebenso noch einen großen Theil der Landwirtschaft zu schädigen. Deshalb paßt der Kommissionsantrag gar nicht in den Rahmen des vorliegenden Gesetzes.

Abg. Dr. Krzyminski (Pole) befürwortet im Interesse der Landwirtschaft die Streichung des von der Kommission beantragten Zusatzes.

Abg. Mollenhuth (SD): Als im Jahre 1887 die erste Margarinevorlage beraten wurde, sagte man, sie solle den Verzug bekämpfen. Aber der Appetit kam mit dem Essen. Schon damals wurde erklärt, mit der Bekämpfung des Betrugs sei nicht alles gethan. Man wollte auch das Genußmittel verschlechtern, indem man das Maximum von Gehalt an Vollmilch für dasselbe feststellte. Jetzt geht die Kommission noch einen Schritt weiter und will das ganze Milchfett aus der Margarine entfernen. Die Absicht geht aber dahin, den Konsumenten die Margarine zu verfeinern. Zudem wissen die wohlhabenden Großgrundbesitzer, daß nur die kleinen Bauern Vollmilch an die Margarinefabrikanten liefern. Wird den Margarinefabrikanten die Verwendung von Vollmilch untersagt, so müssen sie sich an die Großgrundbesitzer wenden. Ich bin dafür, daß § 2 gestrichen wird. Nach § 12 soll jeder bestraft werden, der eine nach § 2 unzulässige Mischung verkauft und zwar sind sehr hohe Strafen — bis zu 6 Monaten Gefängnis — festgesetzt. Hat aber ein Margarinefabrikant statt der Magermilch Vollmilch genommen, so ist er, ein eben großer Sünder, weil er ein zu gutes Produkt geliefert hat. Das ist in den Augen mancher Agrarier ein ebenso großes Verbrechen, als wenn er ein minderwertiges Produkt herstellt. Das kennzeichnet den Charakter der Gesetzgebung. Wir sind gewiß bereit, alles zu bewilligen, was geeignet ist, den Verzug zu verhindern. Aber wir können dem nicht zustimmen, daß ein weit verbreitetes Nahrungsmittel verschlechtert wird und daß man die unter Strafe stellt, die ein besseres Produkt auf den Markt bringen. Man wird einwenden, das komme nicht vor, aber das Konkurrenzleben hat schon manche Blüthen gezeitigt. Ich kann mir das sehr wohl vorstellen. Stellen Sie sich vor, der Margarinefabrikant hat bestimmte Lieferungsverträge geschlossen, es wird ihm täglich ein gewisses Quantum Vollmilch geliefert, sein Abgang geht zurück. Um die Vollmilch nicht verderben zu lassen, stellt er ein besseres Produkt her und wird bestraft. Das ist ein Monstrum von Gesetzgebung! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Bachem (Z) konstatiert, daß in der Kommission von keiner Seite die Absicht geäußert worden sei, die Margarine zu verschlechtern oder sie den Konsumenten zu verfeinern. Es müsse die Kommission gegen diesen Vorwurf protestieren. Das Verbot der Verwendung von Vollmilch sei aus rein sachlichen Gründen in das Gesetz eingefügt worden. Lasse man es heraus, so werde in vielen Fällen eine Kontrolle unmöglich sein, ob ein Zusatz von Vollmilch oder von Butter vorliege. Eine wirksame Kontrolle liege aber im Interesse der Konsumenten. Aus diesen Gründen bitte er, den Kommissionsantrag anzunehmen. Die Mehrzahl seiner Freunde habe sich allerdings entschlossen, im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes auf diesen Vorschlag der Kommission zu verzichten.

Abg. Dr. Barth (FSp) hält es für gleichgültig, ob die Absicht der Verschlechterung vorgelegen habe oder nicht. Thatsache sei, daß die Verschlechterung eintreten werde. Und der breiten Masse des Volkes könne er nicht verdenken, wenn sie darüber enttäuscht sei und in diesem Kommissionsvorschlage einen Akt nichtswürdiger Klassen- und Interessenpolitik sehe. Die Arbeiter wüßten ganz gut, wo des Pudels Kern liege. (Sehr richtig! links.) Er bedaure, daß der Bundesrath nicht schon heute entschieden gegen den Kommissionsbeschuß Stellung genommen habe. Das beweise, wie schwach die Regierung gegenüber dem agrarischen Ansturm sei.

Preuß. Landwirtschaftsminister Freiherr v. Hammerstein weist die Insinuation, die Vorrede an seine Erklärung geknüpft, entschieden zurück. Die Erklärung entspreche den Gepflogenheiten und bei vielen Gelegenheiten behalte sich der Bundesrath seine Stellungnahme vor. Er erinnere sodann, daß er im Anschluß an seine Erklärung von der Annahme des Kommissionsantrages entschieden abgelehnt habe.

Abg. Casselmann (Freis. Sp.) befürwortet die Streichung des Kommissionsantrages, der sowohl die Landwirtschaft, wie die Konsumenten schädige.

Abg. Bloch (R.) betont die Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung der angefochtenen Bestimmung. Die Regierung möge der Ansicht sein, daß der Schwerpunkt in den Kontrollen liege, aber werde sie dieselben auch wirklich durchführen? Besser sei es schon, der Reichstag treffe selbst Vorkehrungen, daß das Gesetz den unlauteren Wettbewerb der Margarine gegen die Butter wirksam verhindern.

Darauf wird die Diskussion geschlossen.

Abg. Windewald (Reformp.) beantragt nunmehr einen Zusatz zu § 2 dahin, daß käseartige Zubereitungen mit Margarine oder sonstigen, nicht ausschließlich der Milch entstammenden Fetten, sowie der Vertrieb von solchen im Inlande verboten sein soll.

Abg. Müller-Waldeck (Reformp.) begründet diesen Antrag mit dem Hinweis auf eine frühere Erklärung des preussischen Landwirtschaftsministers, daß er einem Verbot des Margarinkäses sympathisch gegenüberstehe.

Minister Frhr. v. Hammerstein erwidert, er habe die damalige Aeußerung nur von seinem Standpunkt als Landwirth aus gethan. Die Mehrheit des Staatsministeriums, der er die gleiche Ansicht vorgetragen, habe sich aber auf einen anderen Standpunkt gestellt, und er müsse zugeben, mit Recht, denn das Verbot passe nicht in den Rahmen des vorliegenden Gesetzes, das nur den unlauteren Wettbewerb bekämpfen wolle. Hier habe er den Standpunkt des Staatsministeriums zu vertreten und da müsse er dem Reichstage empfehlen, den Antrag Windewald abzulehnen. Er könne noch hinzufügen, daß er bei der Besichtigung der Mohr'schen Fabrik gefunden habe, daß der Margarinkäse ein aussehentliches und wohlgeschmecktes Produkt sei.

Abg. Iskraut hält das Verbot für berechtigt und für nothwendig, denn die Verfeinerung eines schlechten und billigen Käses sei bei uns nicht nöthig. Der preussische Landwirtschaftsminister scheine sich beim Besuch der Mohr'schen Fabrik zu einer anderen Uebersetzung habe bekehren lassen, als er früher als Landwirth gehabt. Es dränge sich da der Vergleich mit dem jetzigen französischen Ministerpräsidenten auf, der den Muth gehabt habe, seiner Uebersetzung offenen Ausdruck zu geben, daß der wohlhabenden Landwirtschaft geholfen werden müsse. Daß der Antrag Windewald außerhalb des Rahmens des Gesetzes falle, könne er nicht angeben. Er bitte, den Antrag anzunehmen.

Minister Frhr. v. Hammerstein erwidert, er habe sich sein Urtheil auf Grund seiner eigenen Wahrnehmungen in der Mohr'schen Fabrik gebildet. Den in den Ausführungen des Vorredners liegenden Vorwurf des Mangels an politischer Befähigung gegen ihn und seine Kollegen im Ministerium müsse er mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Damit schließt auch diese Diskussion. Der Antrag Windewald wird gegen die Stimmen der Rechten und der Antilemten abgelehnt.

Ebenso der Kommissionsantrag.

§ 2 gelangt in der Fassung der Regierungsvorlage mit großer Mehrheit zur Annahme.

Als § 2a beantragt die Kommission das Verbot des Zusatzes von Farbstoffen zu Margarine und Margarinkäse einzufügen.

Abg. Schmidt-Zimmerstadt (Z) empfiehlt diesen Antrag im Interesse der Landwirtschaft.

Abg. Clemm-Ludwigshafen be weist, daß die Landwirtschaft von dem Färbeverbot den erhofften Vortheil haben werde. Es sei sogar zu befürchten, daß es ihr eher Schaden bringen werde.

Minister Frhr. v. Hammerstein theilt mit, daß neuerdings ein Verfahren entdeckt worden sei, bei dem durch Zusatz gewisser Oele die Margarine eine butterähnliche Färbung annehme. Der Antrag müsse danach zweifelnd erscheinen und werde nur dazu führen, daß vom Auslande her minderwertige Produkte eingeführt werden würden.

Weiß bittet, das Färbeverbot abzulehnen. Es sei auch ein Mittel, um die Margarine zu verschlechtern und sie den Konsumenten zu verfeinern. Warum beantrage man denn nicht auch ein Verbot des Butterfärbens? Der Willigkeit würde es doch entsprechen.

Graf v. Holstein (R.) meint, in der Färbung der Butter liege doch keine Absicht der Täuschung. Jeder wisse, daß Butter gefärbt wird. Die Margarine werde aber nur gefärbt, um die Täuschung hervorzurufen, es handle sich um Butter. Betrogen würden damit gerade die armen Leute, und die Untersuchung habe ergeben, daß in den Arbeiterquartieren die meisten Fälschungen von Butter vorkamen. Er bitte deshalb, das Färbeverbot zu akzeptieren.

Müller-Waldeck bestreitet, daß durch das Färbeverbot die Margarine den Konsumenten verfeinert werden könne; im Gegentheil, es werde dafür, daß denselben ein unverfälschtes Produkt geliefert werde.

Herbert (SD): Ich bitte Sie, auch § 2a abzulehnen. Die ungefärbte Margarine hat ein ekelhaftes Aussehen. Es fällt uns nicht ein, die Fabrikanten zu schämen. Wir treten dafür ein, daß ein den Arbeitern unentbehrliches Nahrungsmittel ihnen nicht verfeinert und nicht in seiner Qualität verschlechtert werde. Wir sind geneigt, allen Bestimmungen beizustimmen, die sich gegen den Betrug richten. Dazu gehört § 2a nicht. Die Arbeiter sind der Meinung, dieser Paragraph richte sich nicht gegen die sogenannte fraudulöse Konkurrenz, sondern wolle ihnen nur Margarine verfeinern. Wollen Sie ihnen diese Meinung nehmen, dann lehnen Sie § 2a ab. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Barth kann für das Färbeverbot keinen anderen Beweggrund entdecken, als die Absicht, durch Erschwernung des Absatzes auch erschwerend auf die Fabrikation der Margarine einzuwirken.

Steininger (Z) ist ein Gegner des Färbens, giebt aber zu, daß das Färben Geschmackliche sei. (Heiterkeit.) Deshalb sei gegen das Färben der Butter, wo es üblich sei, nichts einzuwenden. Die Margarine aber werde ausschließlich deshalb gefärbt, um den Anschein zu erwecken, es handle sich um Butter. Deshalb sei das Färbeverbot bei Margarine gerechtfertigt.

Iskraut hält das Färbeverbot zur wirksamen Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs für durchaus nothwendig. Gingen die Margarinefabrikanten nicht darauf aus, durch das Färben der Margarine Täuschung beim Publikum hervorzurufen, so würden sie sich nicht so gegen das Färbeverbot sträuben.

Wurm (SD): Wenn der Herr Iskraut etwas von die Sache verstände, würde er hier nicht so schöne Reden halten, in denen alles wie Kraut und Rüben durcheinander geht. Er will in

die Natur: was mittelst chemie den Satz der preussischen Justiz ein-
föhren: Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe. Färbt
der Butterfabrikant, seine Butter, so ist das legitim; färbt der
Margarinfabrikant, so soll er ein Betrüger sein. Nein er be-
trägt nicht, er macht nur die Waare für das Publikum,
auch mit den Augen genießbar. Sie sagen, Sie wollten die
Arbeiter schützen. Die Arbeiter danken für solchen Schutz, nur
Chilane ist. Der Herr Landwirtschaftsminister hat Ihnen gesagt,
daß das Färbverbot unnütz sei, da man sich jetzt ein Verfahren
erdacht, Margarine auch ohne Farbstoffe durch gelbes Öl zu
färben. Trift das Färbverbot in Kraft, dann wird dieses Ver-
fahren verpöblich werden. So wird die einzige Wirkung sein,
Vollstreckung von Produzenten und Konsumenten. Wegen einer solchen
chilane Gesetzmacherei protestieren wir. (Beifall bei den Sozial-
demokraten.)

Graf H o l s t e i n verteidigt nochmals das Färben der Butter.
das durchaus berechtigt sei. Gefärbt werde vornehmlich die Export-
butter.

Graf V e r n k o r f f - W e l s e n (Welfe) erklärt, seine Freunde
seien Gegner des Färbverbot.

Damit schließt die Diskussion.

Persönlich bemerkt dem Abg. W u r m gegenüber, der neben-
her bemerkt hatte, der Abg. J o k a n t habe wie Kraut u. d. Älben
durcheinander gesprochen.

J o k a n t, Kraut und Älben könne er als ein ganz schmack-
haftes Gericht; er werde sich aber wohl halten, beschüttene oder
umbeßene teure Wässer hinzuzunehmen. (Beifall rechts; Psittiruse
links.)

Die A b s t i m m u n g über § 2 a ist eine namentliche
und ergiebt mit 138 gegen 97 Stimmen die Annahme des
selben.

Ebenfalls von der Kommission neu eingefügt ist als § 2 b die
Vorschrift, daß auf je 100 Kilogramm Margarine oder Margarinfä-
rbe ein Gramm Phenolphthalin zugesetzt sind.

Die n. n. Ludwigshafen empfiehlt die Streichung der Be-
stimmung. Das Phenolphthalin sei zu dem erstrebten Zweck ganz
unwirksam, denn es könne aus der Margarine ganz leicht heraus-
gewaschen werden.

W u r m (S.D.): Meine Fraktion stimmt gegen § 2 b. Das
Phenolphthalin kann von einem feindigen Händler wieder entfernt
werden. So wirkt diese Bestimmung direkt schädlich, indem das
Publikum meint, es sei geschützt, ohne es wirklich zu sein. Man
hat eingewendet, es gehöre zum Entfernen des Phenolphthalins ein
besonderer Apparat und ein besonderes Personal. Da eine so hohe
Prozente daran steht, wird sich der, der täuschen will, den Appa-
rat anschaffen. Und was das Personal anlangt, so gilt leider noch
für sehr viele insolge ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit der Satz:
Weg Brod ich esse, ihr Lied ich singe. Vielleicht würden auch die
Leute, wenn sie die Entfernung des Phenolphthalins anzeigen, noch
wegen Verraths von Fabrikgeheimnissen bestraft werden. (Große
Heiterkeit.) Wir haben also beantragt, den § 2 b wieder zu
streichen. Das Reichsgesundheitsamt ist ebenfalls der Ansicht, daß
das Phenolphthalin den Betrug nicht hindere, da es entfernt werden
kann. Wer also keine geheimen Nebenabsichten hat, sondern wirk-
lich den Betrug verhindern will, der stimme gegen § 2 b. (Beifall
bei den Sozialdemokraten.)

W e i ß f r a g t an, ob das Reichsgesundheitsamt die Versuche,
ob das Phenolphthalin gesundheitschädlich sei oder nicht, nach Ab-
schluß der Kommissionsberatungen fortgesetzt habe und welches
Resultat dieselbe eventuell ergeben. Ihm sei mitgeteilt worden,
daß Margarine, der Phenolphthalin zugesetzt worden, nach ganz
kurzer Zeit ranzig geworden sei. In diesem Zustande könne sie
als der Gesundheit zuträglich oder sicher nicht gelten. Für wirksam
als Kontrollmittel halte auch er das Phenolphthalin nicht, er werde
deshalb für Streichung des § 2 b stimmen.

G e h e i m r a t h D r. H o p f w e i ß f r a g t darauf hin, daß der Bundesrath
sich gegen die Aufnahme einer solchen Bestimmung ausgesprochen
habe. Er habe auch keine Veranlassung gehabt, seine Stellung zu
ändern. Versuche, die in neuester Zeit angestellt worden seien,
hätten doch ergeben, daß der Zusatz von Phenolphthalin für das
Produkt nicht so unschädlich sei, wie man früher angenommen. Es
hätten sich zum Theil doch Veränderungen, vor allem schimmel-
artige Bildungen, in der Margarine gezeigt. In anderen Proben
hätten sich Veränderungen aber nicht gezeigt. Die Versuche seien
indefi noch nicht als abgeschlossen anzusehen. Bezüglich der Aus-
waschbarkeit des Phenolphthalins hätten die neueren Versuche eben-
so wie die früheren ergeben, daß dieselbe sehr leicht zu bewerkstelligen
ist. Ein gewöhnlicher Arbeiter hat eine Probe in einer Viertel-
stunde vollständig befreit.

Damit schließt die Diskussion. — § 2 b wird gegen die
Stimmen der Rechten abgelehnt. — § 3 gelangt debattelos zur
Annahme.

Nach § 4 sollen die Beamten der Polizei und die von der
Polizeibehörde beauftragten Sachverständigen befugt sein, in die
Räume, in denen Butter, Margarine u. aufbewahrt, feilgehalten
oder verpackt wird, jederzeit einzutreten und daselbst Revisionen
vorzunehmen.

S c h n e i d e r (F.P.) hält die hier vorgelegene Form der
Kontrolle für viel zu weitgehend. Die Polizeibeamten würden dar-
nach sogar zur Nachtzeit in die Geschäfte eindringen dürfen. Eine
Nothwendigkeit dazu liege keineswegs vor. Er bitte, den Para-
graphen abzulehnen.

M i n i s t e r F r e y v. H a m m e r s t e i n erklärt, er müsse an der
Ausrechterhaltung dieser und aller weiteren Kontrolle-Vorschriften
durchaus festhalten und das Haus bitten, alle auf Bejeitigung
oder Abmilderung dieser Vorschriften abzielenden Anträge ab-
zulehnen.

A b g. H e r b e r t und W u r m beantragen eine Abänderung
dahin, daß die Revisionen nur durch die sachverständigen Beauf-
tragten der Polizeibehörde und nur während der Geschäfts- oder
Betriebszeit vorgenommen werden können.

A b g. H a r m (S.D.): Der agrarische Pöbel guckt bei diesem
Gesetz aus allen Ecken heraus, so auch aus § 4. Können die
Agrarier nichts weiter erreichen, so wollen sie jedenfalls chikanieren.
Die Polizei soll jederzeit zu den Räumen der Produzenten Zutritt
haben. Ich bitte Sie, in erster Linie den § 4 überhaupt zu
streichen. Wollen Sie so weit nicht gehen, so nehmen Sie § 4
wenigstens mit der Abänderung an, die der Antrag H e r b e r t - W u r m
empfehlte, dergestalt, daß nur sachverständige Beauftragte der Polizei
und diese nur während der Geschäfts- oder Betriebszeit in die
Räume der Produzenten oder Verkäufer eintreten können. (Beifall
bei den Sozialdemokraten.)

A b g. v. G r a n d - N y (Zentr.) hält die Ausrechterhaltung des
Paragraphen für unbedingt notwendig. Die Manipulationen, die
durch das Gesetz verhindert werden sollten, würden gewöhnlich nicht
in der Geschäftszeit, sondern außerhalb derselben vorgenommen.
Deshalb müßten die Revisionen der Geschäfte auch jederzeit statt-
finden können.

A b g. G r a f H o l s t e i n spricht sich gleichfalls für Ausrechterhaltung
des § 4 aus.

Der Antrag H e r b e r t - W u r m wird darauf abgelehnt
und § 4 unverändert angenommen.

§ 5 legt fest, daß die Unternehmer sowie deren Betriebsleiter
verpflichtet sind, der Polizeibehörde oder deren Beauftragten auf
Erfordern Auskunft über das Herstellungs-Verfahren, den Betriebs-
Umfang und über die zur Verarbeitung gelangenden Rohstoffe,
insbesondere auch noch über deren Menge und deren Herkunft zu
ertheilen.

A b g. D r. S c h n e i d e r bezeichnet auch diese Bestimmungen als
viel zu weitgehend und bittet, sie abzulehnen.

§ 5 wird darauf unverändert angenommen.

S o b a n n wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr
vertagt.

Außerdem: Dritte Berathung der Gesetze betreffend die Be-
kämpfung des unlauteren Wettbewerbs und betr. die Erwerbs- und
Wirtschaftsgenossenschaften.
Schluß 5 1/2 Uhr.

Politische Rundschau. Deutschland.

Einen Kolonialkrach in Deutschland signalisirt in der
„Züricher Post“ ein außerhalb des parlamentarischen
Parteilampfes stehender Kenner der deutschen Kolonial-
verhältnisse:

„Die von Dr. Peters begründete „Deutsch-
ostafrikanische Gesellschaft“ ist mit ihren
Mitteln nahezu fertig. Die sechs Millionen Mark,
welche sie vom Reiche in der Form einer Anleihe er-
halten hat, sind ziemlich aufgebraucht. Die Gesellschaft
giebt sich daher in letzter Zeit wieder Mühe, neue Vor-
zugsantheilscheine unterzubringen, aber mit geringem Er-
folge. Der Krach scheint deshalb fast unvermeidlich.
Die „Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft“ kann sich
höchstens noch ein Jahr über Wasser
halten, wenn sie von den früher begebenen Vorzugs-
antheilscheinen, von denen erst 2 1/2 pCt. bezahlt sind, die
restlichen 75 pCt., im Ganzen 1 bis 1 1/2 Millionen, ein-
zieht. In einem Jahre aber werden auch die verwir-
thschaflet sein. Was dann? Diese Frage legt sich jeden-
falls auch die deutsche Reichsregierung vor,
die stark bei der „Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft“
engagirt ist. Wahrscheinlich wird sie in der nächsten
Session mit neuen Forderungen im Interesse
der genannten Gesellschaft an den Reichstag herantreten.
Auch die bisherigen Aufwendungen sind ja größtent-
heils im Interesse der Kolonial-Gesellschaften gemacht
worden.“

Nachdem der Verfasser die einzelnen in Ostafrika
wirkenden Gesellschaften aufgezählt, sagt er weiter: „Nicht
eine einzige derselben hat bisher die ihr gestellte Kultur-
aufgabe erfüllt. Was in den amtlichen Denkschriften über
die Fortschritte der Kolonie gesagt wird, ist Phantasie.
Von den Gesellschaften hat bisher keine einzige eine Ver-
zinsung ihres Kapitals erreicht. Im Gegentheil, die
meisten haben ihre Kapitalien aufgebraucht. Das läßt
man sich gefallen, so lange nur einige G r o ß k a p i t a -
l i s t e n die Leidtragenden sind. Wird aber der Spar-
großchen des kleinen Mannes in Anspruch genommen,
dann ist es höchste Zeit, dem Schwindel energisch ent-
gegenzutreten. Die „Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft“
hat bisher ihre Dividenden (5 pCt. für die In-
haber der Vorzugsantheilscheine) vom Kapital be-
zahlt. In dem Momente aber, wo das Kapital ver-
braucht ist, bleiben der Gesellschaft nur drei Wege: Sie
kann versuchen, neue Kapitalien aufzunehmen, oder sie
liquidirt in allen Ehren, oder endlich sie sucht ihre Ver-
luste auf fremde Schultern abzuwälzen. Neue Kapitalien
aufzutreiben, wird ihr nicht gelingen. Liquidiren will die
Gesellschaft nicht. Dann verlieren ihre Aktionäre ihr Geld.“

Um sich aus der Schlinge zu ziehen, wird nach den
Darlegungen in der „Züricher Post“ eine große Schie-
bung geplant. Ein Syndikat hat sich gebildet für den
Bau einer zentralafrikanischen Bahn, welches von der
Regierung große Konzessionen verlangt und sich dafür
verpflichtet, der „Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft“ alle
Konzessionen, welche diese hat, für eine große Summe
abzukaufen. An der Spitze der neuen Gesellschaft stehen
dieselben Männer, welche die Leitung der „Deutsch-
ostafrikanischen Gesellschaft“ in Händen haben. Die
ganze Sache ist also unverkennbar eine großartige Schie-
bung. Auch über die Beschaffung der erforderlichen 30
Millionen Mark kann der Verfasser Mittheilung machen.
Das Geld soll durch Ausgabe von kleinen Antheilscheinen,
eventuell a Mk. 20, aufgebracht werden. „Diese Idee
konnte — so erklärt der Artikel der „Züricher Post“ —
ein Finanzgenie ausgeheckt haben. Sie verspricht einen
sicheren Erfolg, wenn nicht rechtzeitig vor dem Ankauf
solcher Papiere gewarnt wird. Das Großkapital ist viel
zu vorsichtig, um sich in Afrika irgendwie zu engagiren.
Aber der Appell an den kleinen Sparer
ist selten vergebens. Um so notwendiger ist eine recht-
zeitige Warnung. Das Projekt des zentralafrikanischen
Eisenbahnbaues ist eine spekulative Gründung, die dazu
dienen soll, den bei der „Deutsch-ostafrikanischen Gesell-
schaft“ theilhaftigen Großkapitalisten ihr Geld zu retten.
Die Unternehmer des Bahnprojektes wissen ganz genau,
daß eine zentralafrikanische Bahn sich nie rentiren kann
und daß die Besitzer der Antheilscheine ihr Geld verlieren
werden. Es wird vielleicht mit dem Bahnbau wirklich
begonnen werden, aber ganz sicher kommt
eines Tages der Krach. Die Großkapi-
t a l i s t e n ziehen sich kaltblütig zurück, und die kleinen
Leute können ihre Sparpfennige bejammern, die in die
Taschen der Großen gewandert sind. Daß man die
Regierung in dieser Sache als Aushängeschild benutzen
will, ist ein so geschickter Kniff, daß die Aussichten auf
Erfolg recht große sind. Wir halten es daher für unsere
Pflicht, das deutsche Publikum vor diesem Unternehmen
rechtzeitig zu warnen. Wir wollen, so viel an uns liegt,
ein d e u t s c h k o l o n i a l e s P a n a m a zu verhindern
suchen.“

Sache der Reichsregierung ist es nun, Aufklärung
und zwar so schnell als möglich zu schaffen.

Zur dritten Berathung des Börsegesetzes ist dem
Reichstag nachstehender Antrag des Grafen Kanitz zu-
gegangen:

„Der Reichstag wolle beschließen, den folgenden
Beschlußantrag anzunehmen: Den Herrn Reichsfinanz-
minister zu ersuchen, mit denjenigen Staaten, in denen ein
börsenmäßiger Terminhandel in Getreide und Mühlen-

fabrikaten besteht, wegen Unterlagung dieses Han-
del in Verhandlung zu treten und über das Ergebnis
Reichstage Mittheilung zu machen.“

Den Herren Agrariern schwillt der Kamm. Daß
Antrag ein Schlag ins Wasser sein wird, versteht
Denn andere Parlamente machen die Dummheit
1. Mai nicht mit.

Bestrafter Staatsanwalt. Das Oberlandesgericht
Raumburg a. S. verwarf die Revision des
Staatsanwalts Lorenz in Erfurt. Dieser war befan-
lich von der Strafkammer zu Erfurt wegen Verleidi-
gung des Redakteurs Gen. Hülle zu 50 Mk. Geldstrafe
urtheilt worden.

Das Baare-Blatt, die „Rheinisch-westfälische Ztg.“
kündigt einen neuen ostafrikanischen Person-
skandal an, dessen Held der Freiherr v. Ely sein
soll. Das Blatt schreibt: „Für den Nyassa-See ist eine Bezirk-
hauptmannschaft eingerichtet worden, deren Verwalter
man Herrn v. Ely übertrug. Das Gouvernament Sch-
weigerte sich aber, den Herrn v. Ely endgiltig als Bezirk-
hauptmann anzustellen und für solche Anstellung die
Verantwortung zu übernehmen. Nun weigert sich
W i s m a n n, diese Anstellung zu vollziehen, und es müß-
te wichtige Gründe hierfür vorliegen, da der Verleiher hierin
in letzter Zeit trotz der doch nicht unerheblichen Kosten-
drachtlich geführt worden ist. Wismann's letzte Dra-
melung enthielt die Weigerung der Anstellu-
ngsbehörde. Herr v. Ely war früher Angestellter
der Ostafrikanischen Gesellschaft und zwar unter dem Namen
Braun, den er sich, wie er sagte, beilegen mußte weg-
weiner in Sibirien verbrachten politischen Bergangenhe-
iten. Später erließ er eine Art Birkular, daß er nach
Umwidlung aller Schwierigkeiten nun wieder seinen ursprüng-
lichen Namen Freiherr v. Ely annehmen dürfe.“
Diese Angaben sind aber mit aller Vorsicht aufzunehmen.
Freiherr v. Ely hat nämlich in einem „offenen Briefe“
den „großen“ Dr. Peters ob seiner Wirthschaft am Ni-
mandharo nach Verdienst gebrandmarkt und da d-
obengenannte Blatt zu der Peters-Gemeinde gehört, h-
man Grund zu der Annahme, daß seine Beschuldigung
gegen v. Ely lediglich „Mache für Sadowa“ sind.

Die Maifeier in Magdeburg. Selbstverständl-
ich mußte es wieder Magdeburg sein, wo von der Polizei
etwas ganz Hervorragendes geleistet wurde. Dort zog
die Arbeiter einzeln und in kleinen Gruppen nach Schlu-
ß der Versammlung den Breiterweg entlang, als sie plögli-
ch die StraÙe durch eine Kette von Schulreuten gesperrt
fanden. Indessen ging alles ruhig ab. An den ver-
schiedensten Orten stießen die Arbeiter auf gesperrte
Straßen, ließen sich aber nicht beirren und gelangten
schließlich doch in das Festlokal. Dort traf schließlich
telephonisch die Nachricht ein, daß in den Räumen der
„Volksstimme“ Haussuchung gehalten werde. Das
Personal des Blattes halte dies für unmöglich gehalten
besaßen doch Redakteur und Geschäftsführer die Schlüssel
zu den Geschäftsräumen. „So schnell es ging,“ sagt d-
„Volksst.“, „suchten Geschäftsführer und die übrigen i-
Geschäft beschäftigten Personen die Geschäftsräume au-
s. Doch sie kamen zu spät — die Haussuchung hatte tha-
sächlich stattgefunden; sie war beendet. Wie es schein-
bar dem Genossen Harbaum die Schlüssel abgenommen
worden, mit deren Hilfe sämtliche Räume geöffnet
worden sind. Die Haussuchung leitete der Kriminal-
Inspektor Schmidt. Von dem Geschäftspersonal wurde
Niemand hinzugezogen. Genosse Bahle mußte sogar d-
hinzugezogen die Frau Arnoldt, der angekündigt wurde
daß sie auf ihren Mann nicht zu warten habe, da er
wegen Majestätsbeleidigung verhaftet sei, und eine un-
völlig fremde Frau. In den Redaktionsräumen sah e-
schrecklich aus. Alle Winkel, Fächer und Pulte schienen
gewissenhaft revidirt zu sein. Durchstöbert wurde d-
Papierkorb. Die Beamten suchten nach einer gewissen
Handschrift. Was gefunden wurde, wissen wir zur Stunde
nicht. Wir vermischen nichts. Nur fehlt die Nummer
welche das Knackfuß'sche Bild enthielt und welche d-
Redaktion aufbewahrt hatte. Drei Abzüge des letzte-
Bildes, die im Pult des Geschäftsführers lagen, fehlte
gleichfalls, wie andererseits die noch vorhandenen Exem-
plare der letzten Nummer verschwunden sind. Ein Be-
zeichniß über die mitgenommenen Gegenstände ist, obgleich
dies das Gesetz vorschreibt, der Frau Arnoldt nicht ge-
geben worden. Peinlich vollzog sich auch die Haus-
suchung in den Räumen der Druckerei. Sämtliche
Schubladen der Setzer wurden durchsucht. Alle Manuskripte
zur neuen Nummer wurden nachgesehen. Außer einer
Exemplar der letzten Nummer ist hier nichts gefunden
worden — uns ist wenigstens nichts weiter bekannt.
Ueber die in der Druckerei beschlagnahmten Sachen i-
gleichfalls ein Verzeichniß nicht aufgestellt worden. Re-
dakteur Schröder, der an Stelle des einige Tage behin-
gewesenen Redakteurs Bahle die Redaktion der „Volks-
stimme“ übernommen hatte, war am heutigen Tag
(1. Mai) die gesuchteste Person. Seit früh 9 Uhr wurde
er gesucht, endlich am Nachmittag gegen 5 1/2 Uhr wurde
er auf dem Festplatze verhaftet und inhaftirt — bis zur
Stunde sind unsere drei Verhafteten nicht freigegeben.
Vorher schon war nämlich die Mainummer der „Volks-
stimme“ konfisziert und die Genossen Harbaum und Arnoldt
(Verleger und Drucker) verhaftet worden. Arnoldt i-
inzuschicken aus der Untersuchungshaft entlassen worden.
Der Pulverring. In welchem Maße der seiner Zeit
von uns näher kritisirte Pulverring die Auspflünderung
des Reichs, d. h. der Reichssteuerzahler betreibt, geht auf
neue hervor aus den Geschäftsabzählungen, die zwei de-
Unternehmungen des Pulverrings in den letzten Wochen
veröffentlichten.

Bei der Aktiengesellschaft Ludwig Löwe u. Co. in
Berlin weiß der Geschäftsabluß für 1895 einen Ge-
winn von 2 955 284 Mk. auf (gegen 2 643 000 Mk. in
94), wovon nach dem Vorschlage der Direktion
4 610 Mk. (gegen 1 309 000) zu Abschreibungen ver-
wendet, 100 000 Mk. (gegen 171 000) dem Spezial-
erwerbonds und 50 000 Mk. (wie 1894) der Ludwig-
We-Stiftung überwiesen werden sollen. Aus dem ver-
bleibenden Reingewinn soll eine Dividende von 20 pSt.
für 1894 vertheilt werden. — Der Aufsichtsrath
der deutschen Metallpatronenfabrik in Durlach hat be-
schlossen, der Generalversammlung die Vertheilung einer
Dividende von 25 pSt. für 1895 vorzuschlagen, nach-
dem die Abschreibungen so hoch bemessen
worden, daß die Kosten der im Vorjahre
erhaltenen Neueinrichtungen dadurch ge-
deckt erscheinen. Der gesetzliche und der Spezial-
erwerbonds sollen durch Zuweisung von 381 000 Mk.
w. 350 000 Mark auf je 600 000 Mark erhöht
werden.

Daß der Reichstag es in der Sitzung vom 20. Fe-
bruar durch den herbeigeführten Schluß der Debatte ab-
brachte, auf die Denunziationen Sebels gegen den Pulver-
ring einzugehen, wird dem Reichstag nicht ersparen, sich
der nächsten Session abermals mit dieser Angelegenheit
beschäftigen. Es ist zweifellos, so bemerkt der „Vor-
wärts“, dem wir diese Angaben entnehmen, daß es in
den verschiedenen bürgerlichen Parteien des Reichstages
eine größere Zahl einflußreicher Mitglieder giebt, die
sich persönlich lebhaft dabei interessiert sind,
daß die Plünderung des Reiches durch
den Pulverring nicht zur Sprache kommt.
Das ist für unsere Genossen aber ein Grund mehr, mit
Nachdruck auf die Untersuchung dieser Angelegenheit zu
wirken.

Der Leiter des Pulverringes, der vor einiger Zeit
adeltliche Geheim-Kommerzienrath v. Dullenhofer in
Lottwitz hat neuerdings das Gut des verstorbenen
Staatsministers Freiherrn v. Linder zu Neunhausen in
Bitterberg angekauft. Die horrenden Einnahmen, die
dieser Herr aus den Geschäften des Pulverringes jährlich
zieht, ermöglichen es ihm, nicht nur fortgesetzt neue
Landskänufe zu betreiben, er giebt auch für die ver-
schieblichen Liebhabereien sehr große Summen aus und
veranstaltet große Gelage und Vergnügungen, zu denen
die „Edelsten der Nation“ sich drängen.

Soziales und Partei-Leben.

Berlin. Der Generalfreist der Maurer ist für be-
endet erklärt worden, nachdem die Forderungen auf 348
Baustellen durchgesetzt worden sind. Nur noch auf etwa
10 Bauplätzen werden die alten Löhne gezahlt. Ueber
diese letzteren Bauten sollen Platzsperrn verhängt
werden.

Halle a. S. Das gesammte Personal der hiesigen
Genossenschaftsdruckerei (Volkblatt für Halle) hat die
Arbeit niedergelegt, weil den berechnenden Gebern der
1. Mai nicht bezahlt worden ist. Der Genossenschafts-
vorstand hat sein Amt niedergelegt.

Die Tischler in Halle konnten den Generalfreist wieder
aufheben, da die größten Geschäfte sämtliche Forderungen
bewilligt haben.

Breslau. Die Maurer beschloffen in einer von 2000
Personen besuchten Versammlung, in einen Generalfreist
einzutreten.

Stuttgart. Der Streik der Bauhandwerker ist be-
endet, nachdem sich die Arbeitgeber am Sonnabend schrift-
lich verpflichtet haben, die Vergleichsvorschläge des Ge-
werberichts anzunehmen. Die Arbeit ist Montag wieder
aufgenommen worden.

Lübeck und Nachbargebiete.

6. Mai.

Gift t t t scheint für manchen Spießer jedes Stück
Papier vom „Volkboten“ zu sein. So wird uns fol-
gender spaßhafter Vorfall aus der Elbwigstraße gemeldet.
Kommt da dieser Tage eine „Dame“ aus den „besseren
Ständen“ zu einem Krämer und besorgt ihre Einkäufe.
Der Krämer packt nun, ohne sich dabei etwas zu denken,
die Waare in einen älteren „Volkboten.“ Aber da kam
er schon an! Flehentlich hat die Dame, die Waaren
nicht in den „Volkboten“ zu wickeln — — sie könne
es sonst nicht essen! Uns wundert das. Unser Blatt
wird doch auf so sauberem und gutem Papier hergestellt,
wie keins der hiesigen Tagesblätter. Sollte vielleicht der
Inhalt unseres Blattes der Käuferin den Magen ver-
dorben haben? O, dann müßte sie einen schlechten
Magen haben, wenn sie nicht das „Gift der Wahrheit“
vertragen kann.

Leider! schrieb jener Schiffer in Elsfleth an einen
seiner Freunde, als er die Nachricht erhalten, daß die
Mannschaft des untergegangenen Schiffes gerettet war.
Leider ist die Mannschaft gerettet! Leider — so schreiben
die „Lüb. Anz.“ — haben die Lübecker Arbeitgeber ihr
Versprechen, sämtliche Maidemonstranten auszusperren,
nicht gehalten. Schauderschändlich! Für ein Amts-
blatt (!) nimmt sich eine derartige Hezerei ganz nied-
lich aus.

Zur Arbeitsniederlegung der Wöttcher der Firma Holst
u. Friede. Wir erhalten von der Lohnkommission fol-
genden Bericht: Freitag den 24. April wurden zwei
unserer Kollegen bei dem Inhaber der Fabrik vorstellig
zwecks Arbeitsruhe am 1. Mai. Sie erhielten den Be-
scheid, daß wir Wöttcher am 1. Mai feiern könnten, wir
sollten dann aber am 2. Mai auch feiern. Damit

niemand etwa geschädigt würde, boten wir uns sogar
noch an, falls die Arbeit flott ginge, nur einen halben
Tag zu feiern. Der Fabrikant meinte demgegenüber,
daß sich darüber vielleicht später noch reden ließe. Das
sollte jedoch nicht mehr möglich werden, weil Meister
Holst inzwischen verreist war. So kam denn der 30. April
heran, ohne daß eine nochmalige Verständigung erfolgt
war. Am demselben Tage erklärte jedoch Holst jun. dem
Kollegen Böken gegenüber, wir sollten nur am 2. Mai
wieder zur Arbeit kommen. Und so geschah es. Als
wir jedoch Sonnabend Morgen unsere Arbeit antreten
wollten, erklärte mir Holst sen., daß nicht gearbeitet werden
könne, weil die Werkstelle gründlich gereinigt werde. Wir
gingen nun natürlich wieder nach Hause. Am demselben
Abend kam es nun bei der Lohnzahlung zwischen Holst
sen. und unserem Kollegen Plath zu einem Wortwechsel
darüber, daß Holst die Werkstelle nicht hatte reinigen
lassen, sie sah vielmehr noch ebenso aus wie am Morgen.
Holst sen. hatte uns also am Morgen, als er uns wieder
nach Hause schickte, etwas Unwahres gesagt. Das
allein war es, was zu Differenzen zwischen Plath und
Holst sen. führte. Holst jun. bemerkte uns gegenüber
nun, wir sollten am Montag Morgen nur wieder zur
Arbeit kommen. Es sei alles gut. So kam denn der
Montag heran. Am Montag Morgen waren nun die
Blicke des Meisters Holst immer auf Plath gerichtet.
Da dieser sich aber nichts zu Schulden kommen ließ, so
rief Holst sen. 1/2 12 Uhr Plath ins Kontor und stellte
ihn über seine Äußerungen am 2. Mai zur Rede. Plath
erwiderte, daß er die beleidigende Äußerung schon ein-
mal retour genommen habe, dieses aber zum zweiten
Male nicht thun könne. Hierauf sagte Holst sen., dann
bekommen Sie Ihren Zettel. Worauf Plath erwiderte,
er, Holst, möge thun, was er nicht lassen kann. Laut
Bericht im „Lübecker Volksboten“ erklärten sich nun
sämmliche Kollegen mit Plath solidarisch und stellten
die Arbeit ein, als Plath thätiglich entlassen wurde.
In der öffentlichen Wöttcher-Versammlung am 4. Mai
erklärten sämtliche Wöttcher Lübecks, daß die Wöttcher
von Holst u. Friede recht gehandelt hatten und das an
eine Widerrufung der gefallenen Wörter nicht zu denken
sei, zumal da Meister Holst schon ganz andere Schmeichel-
wörter an den Kopf geworfen seien. Die Kommission
ließ es bisher an Verhandlungen nicht fehlen und ver-
suchten mehrfach die bestehenden Differenzen zu schlichten.
Dienstag Abend war die Kommission zum dritten Male
mit dem Kollegen Plath zur Schlichtung der Sache auf
Verlangen bei der Firma, es wurde jedoch eine Einigung
nicht erzielt. Der Streik dauert also fort.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck
gebeten.

Die Lohn-Kommission der Wöttcher.

Musiker-Fachverein, Kartell und Wirths-Verein.
Heute liegen uns die Schriftstücke im Original vor, die
wir im Nummer 103 unseres Blattes nach der „Eisen-
ztg.“ erwähnten. Beide sind an den Vorsitzenden des
Gewerkschafts-Kartells gerichtet, und zeigt besonders das
letzte, daß den hiesigen Wirthen ganz gewaltig der Kamm
geschwollen ist. Das erste Schriftstück lautet:

Lübeck, den 22/4 1896.

An die
vom Gewerkschafts-Kartell gewählte Kommission
(zu Händen des Herrn H. Mügel.)

Zu betreffs der Angelegenheit des Musiker-Fachvereins mit
den Saalbesitzern, theilt Ihnen hierdurch der Verein Lübecker
Wirths, indem bereits die Sache zur Sprache gekommen ist, mit,
daß diese so wichtige Frage sofort unmöglich zu erledigen ist.
Um aber diese Sache, wenn irgend möglich, zu Ihrer Zufrieden-
heit zu schlichten, ersuchen wir den Musiker-Fachverein nicht zu
etwas Zeit zu geben. Wir werden Ihnen alsdann in kurzer
Zeit das Nähere mittheilen.

Hochachtungsvoll

Der Vorstand

des hiesigen Wirths-Vereins.

Inzwischen soll nun ein Wirth, in dessen Lokal eigent-
lich nur Arbeiter verkehren, bei verschiedenen Wirthshäusern
— so wird uns von glaubwürdiger Seite berichtet —
gewesen sein, um sie in die richtige „Stimmung“ zu ver-
setzen, und es wurde darauf folgender Beschluß im Wirths-
Verein gefaßt:

An
das Gewerkschafts-Kartell
(z. H. des Herrn Mügel)

Hier.

Wir theilen Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß die sämt-
lichen Saalbesitzer sich geeinigt haben. Dieselben sind nicht ab-
geneigt den Musiker-Fachverein bei passender Gelegenheit zu be-
schäftigen. Sollte aber ein Lokal mit Zangs-Musik oder
Boylott belegt werden, so haben sich sämtliche Saalbesitzer ver-
pflichtet, keine Musiker vom Fachverein wieder zu beschäftigen und
auch bei Festlichkeiten und Vereinen nicht zu
gestatten, daß Mitglieder des Musiker-Fach-
vereins spielen.

Der Vorstand

des Vereins Lübecker Wirths.

Lübeck, den 1. Mai 1896.

So weit sind wir denn doch schon vorgeschritten, daß
der Wirth eines Lokales keinen Arbeiter-Verein mehr vor-
schreiben kann, nach dessen Pfeife und Trompete getanzt
werden soll. Wir enthalten uns vorläufig jeder weiteren
Kritik, um nicht dem Kartell, das sich ja mit dem Schrift-
stück des Wirths-Vereins unbedingt befaßt wird, vorzu-
greifen.

Unsere Parteigenossen werden nochmals ganz besonders
auf die öffentliche Vorlesung hingewiesen, welche Montag
Abend im „Circus Reuterkrug“ stattfindet. In derselben
wird Herr Schauspieler Hans Galm rezitieren. Partei-
genossen, agitiert eifrig für den Besuch!

Billige Arbeitskräfte, um möglichst hohe Profite
herauszuschlagen, sucht sich das Unternehmertum nur gar
zu gern zu verschaffen. Zu den Arbeitgebern, welche
mehr wie gern zu diesem Mittel greifen, gehört auch der
Maurermeister Weinberg, der in der Umlandstraße

einen Neubau ausschachten läßt. Bei diesen Aus-
schachtungsarbeiten werden nun ca. 10 Mann aus dem
Allgemeinen Werk- und Armenhause beschäftigt. Für
diese Leute braucht W. vielleicht nur die Hälfte des
sonstigen Lohnes zu bezahlen. Wir können nicht begreifen,
daß so etwas noch geduldet wird! Laufen nicht genug
Arbeitslose umher? Sind derartige Staats-Anstalten
etwa nur dazu da, um aus ihnen Lohnbrücker und
Konkurrenten für die „freien“ Arbeiter zu entnehmen?
Die wenigen Pfennige, welche die Leute des Allgemeinen
Werk- und Armenhauses dem Staate einbringen, werden
den Staat auch nicht retten können! Fort also mit den
Werk- und Arbeitshäusern aus dem Konkurrenzkampf
mit den „freien“ Arbeitern! Die Arbeit im Freien —
den „freien“ Arbeitern!

Der neuerwählte Senator Dr. E. Ferd. Fehling
gehört einer alten Lübeckischen Senatorenfamilie an.
Senator Dr. Fehling ist am 3. August 1847 geboren
und ließ sich am 27. Oktober 1869 hier selbst als Rechts-
anwalt nieder, wo er bald einer der meist beehrtesten
Rechtsanwälte wurde. Im Jahre 1879 wurde er zum
Mitgliede der Bürgerschaft, 1886 zum Mitgliede des
Bürgerausschusses erwählt. An Stelle des ausscheidenden
Dr. Peacock wurde er zum Wortführer des Bürgeraus-
schusses und 1887 alsdann zum Wortführer der Bürger-
schaft gewählt. Abwechselnd mit Dr. Ad. Brehmer hat
er alsdann je 2 Jahre lang das Amt eines Wortführers
des Bürgerausschusses und der Bürgerschaft bekleidet.
Außerdem hatte er noch mancherlei Ehrenämter inne.
Sen. Dr. Fehling ist der Schwiegerohn Emanuel Geibels.
— In politischer Beziehung steht Senator Dr. Fehling
auf dem rechten Flügel des National-
liberalismus. Sonst wüßten wir über ihn weiter
nichts zu sagen. Zu Hymnen, wie sie sich die anderen
hier erscheinenden Tagesblätter leisten, vermögen wir uns
nicht aufzuschwingen.

Zu Lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und
Landamte angenommen: J. R. Bendfeldt, Arbeiter. J.
F. F. Böttger, Arbeiter. J. F. F. Berlin, Trichinen-
schauer. J. V. Fraass, Schlossergehülfe. J. E. W.
Kähler, Prokurist. P. Meyer, Malermeister. H. H. Ch.
Willert, Bodenarbeiter. Dieselben haben am 29. April
1896 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

Die Lübeckische Staatsangehörigkeit haben im ver-
flossenen Monat erworben: Anna R. W. Abraham aus
Garding, Provinz Schleswig-Holstein in Preußen. J.
R. Bendfeldt aus Kiepisdorf, Provinz Schleswig-Holstein
in Preußen. H. C. F. Beyer aus Treptow a. T. Prov.
Pommern in Preußen. J. F. J. Böttger aus Scharbeug
in Oldenburg. J. H. F. Burmeister aus Neuhof in
Mecklenburg-Schwerin. J. A. Fraass aus Oberhof in
Bayern. P. W. H. Groth aus Klein-Schenkenberg,
Provinz Schleswig-Holstein in Preußen. A. Alsson aus
Hoby in Schweden. H. F. Reimers aus Klein-Timmen-
dorf in Oldenburg. H. H. Ch. Willert aus Hafwiese in
Oldenburg. J. F. Wulf aus Kensefeld in Oldenburg.

Benutzung des Bahndammes der Straßenbahn nach
Izraelsdorf. Das Polizeiamt hat folgende Verordnung
erlassen: Das Gehen, Reiten, Fahren, Radfahren und
Viehreiben auf dem neben der Izraelsdorfer Chaussee
belegenen Bahndamme der Straßenbahn — vom Kilo-
meterstein 3 gegenüber Wilhelmshof bis zum Ende des
Dammes in Höhe der Forsthalde Izraelsdorf — außer
auf den gepflasterten Uebergängen — ist verboten. Ueber-
tretungen werden, soweit nicht nach dem Strafgesetzbuche
schwerere Strafen angedroht sind, mit Geldstrafe bis zu
60 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Die Landwehrmänner haben lehthin eine vierzehn-
tägige Uebung in Schleswig durchgemacht. Am 17. April
wurden sie hier eingezogen und mußten sich wie üblich
beim hiesigen Bezirkskommando einer Untersuchung unter-
ziehen. Die Untersuchung, die sich natürlich nur auf
die Geschlechtstheile erstreckte, wurde jedoch nicht etwa
im Zimmer vorgenommen, sondern gleich auf dem Plage
hinter dem Schützenhofe. Gehört das auch zur guten Sitte?

Ein- und Ausfuhr am Hafen. In der verflossenen
Woche sind in unseren Hafen 49 Seeschiffe eingelaufen,
darunter 36 Dampfer und 13 Segler. 8 Dampfer waren
ganz oder theilweise und 3 Segler voll mit Brettern und
Planen beladen. 2 Dampfer trafen mit Kohlenladung
von England hier ein. 3 Segler überbrachten von
Halmstadt Kopssteine. Von dänischen Häfen kamen 3
Segler mit Kies, Mauersteinen und Gerste beladen an.
Von holländischen Häfen und von Wismar liefen zu-
sammen 4 Segler ein; ihre Ladung bestand aus Mehl,
Käse, Soda, Seegras, Steinkohlen, Ofentacheln u. s. w.
Drei Dampfer kamen leer ein, um hier zu laden. An
lebendem Schlachtvieh wurden von 6 Dampfern ins-
gesammt 389 Stück Hornvieh und 179 Schweine ange-
bracht. Die übrige eingekommene Ladung bestand zum
größten Theile aus Stückgütern. Ausgegangen sind von
hier im Laufe der Woche 61 Seeschiffe, darunter 35
Dampfer und 15 Segler mit Ladung und 4 Dampfer
und 7 Segler leer oder in Ballast. — Vom 1. Januar
bis einschl. 30. April d. J. sind hier selbst 425 Dampfer
und 109 Segler, zusammen also 544 Seeschiffe ange-
kommen, gegen 280 Dampfer und 67 Segler, zusammen
347 Seeschiffe, im gleichen Zeitraum des Vorjahres.
Mit Holzladung trafen während der ersten vier Monate
dieses Jahres 24 Dampfer und 9 Segler ein, gegen 13
Dampfer und 2 Segler mit gleicher Ladung im Vorjahre.
Es sind mithin in diesem Jahre im Ganzen 145 Dampfer
und 42 Segler, und mit Holzladung allein 11 Dampfer
und 7 Segler mehr als im vorigen Jahre um diese
Zeit angekommen. Der diesjährige Aprilmonat; kam
hinsichtlich des Schiffsverkehrs dem April vorigen Jahres
also fast gleich.

Ueber das hiesige städtische Krankenhaus wird bei uns Besondere geführt. Wir bringen den Fall hiermit zur Kenntniß der Behörde und ersuchen um geeignete Maßnahmen, damit derartige Fälle in Zukunft nicht wieder vorkommen. Eine hiesige Frau hatte ihre Tochter schwer krank im Krankenhaus zu liegen. Natürlich wollte sie die Kranke auch einmal besuchen. Als die Frau nun in voriger Woche kam, wurde sie abgewiesen, jedenfalls aus dem Grunde, weil der Arzt jeden Besuch, der stets mit Aufregung verknüpft ist, für den Zustand der Kranken nicht für zweckdienlich hielt. Die Frau fügte sich in das Unvermeidliche und ging fort, ohne die Tochter gesehen zu haben. Sie bat jedoch, daß man sie sofort benachrichtigen sollte, falls die Kranke etwa schwerer krank werden würde. Am Sonntag Vormittag erhielt dann die Frau Nachricht, daß sie sofort kommen solle, wenn sie ihre Tochter noch lebend sehen wolle. Die Frau machte sich auf den Weg, kam im Krankenhaus an und fand ihre Tochter nicht mehr todt krank, sondern schon ganz todt vor. Wie man ihr mittheilte, war die Tote bereits um vier Uhr morgens verschieden. Demnach war also die Tochter schon gestorben, als die Mutter die Nachricht erhielt, sie solle schnell kommen. Uns dünkt, etwas mehr Rücksicht könnte man denn doch nehmen. Es hat jeder in seiner Sterbestunde seine Lieben gern um sich; auch weisen die Angehörigen, wenn es ihnen auch schwer fällt, gern in der Nähe ihres sterbenden Lieben, um in der schweren Stunde ihm nahe zu sein. Das ist einfach menschlich, und man sollte dem von Seiten der Krankenhausverwaltung auch Rechnung tragen.

Eigentumsvergehen. In der Nacht zum Sonntag wurden dem Rutscher Wolff aus Neise auf einer hiesigen Herberge die Legitimationspapiere gestohlen. Der mutmaßliche Thäter ist von hier geflüchtet. — Ihre silberne Remontoir-Uhr mit Zalmikette wurde am Sonnabend einem hiesigen Dienstmädchen aus ihrer Kammer gestohlen. Die Uhr, nach deren Verbleib Recherchen aufgenommen sind, trägt die Nummer 89161.

Öffentliche Sitzung des Schiedsgerichts für den Bezirk Lübeck der Hanseatischen Versicherungsanstalt vom 5. Mai. Der Schiffsmakler und Agent R. Richter aus Travemünde war am 5. Oktober 1895 um Bewilligung der Altersrente eingekommen. Er gab an, seit 1883 bis jetzt bei zwei Schiffsfirmen als Gehülfe beschäftigt gewesen zu sein. An Gehalt habe er in den letzten Jahren

jährlich 300 Mk. bezogen, desgleichen hätten sich seine Tantiemen jährlich auf gleiche Höhe belaufen. Auf diese Eingabe erhielt R. am 1. Februar 1896 einen ablehnenden Bescheid. Da die Berufung rechtzeitig erfolgt war, so stand heute Termin an. Durch Vernehmung der Firmeninhaber D. u. R. wurde das Arbeitsverhältnis genügend aufgeklärt. Das Gericht beschloß, die Aufhebung des am 1. Februar d. J. erlassenen ablehnenden Bescheides und erkannte auf Bewilligung einer jährlichen Altersrente von 186,60 Mk., in monatlich zahlbaren Raten von 15,55 Mk. — Die Frau M. D. Wiegand aus Lübeck hatte am 7. Januar 1896 die Bewilligung der Invalidenrente nachgesucht. Sie giebt an, dauernd erwerbsunfähig und mit einem chronischen Lungenleiden behaftet zu sein. Sie habe bis jetzt in dem hiesigen Arbeitshause Strohflechterarbeiten gemacht und hierbei jährlich 163,60 Mk. verdient. Da die ärztlichen Atteste über den körperlichen Gesundheitszustand der W. nichts besonders Nachtheiliges berichteten, mußte die Berufung als unbegründet abgewiesen werden.

Gewerbegericht. Sitzung vom 5. Mai 1896. Der Schlossergehülfe Victor Meyer klagt gegen seinen Meister Jens. Meyer giebt an, vom 24. März bis 27. April bei dem Schlossermeister Jens in Arbeit gestanden und einen Stundenlohn von 30 Pfg. bekommen zu haben. Bei seiner Entlassung sind ihm vom Meister 5,70 Mk. Lohn einbehalten worden. Der Meister giebt zu, M. den Lohn vorenthalten zu haben, weil ihm der Geselle eine Blechplatte versucht und zu tief gebohrt habe. Der Werth dieser Platte belaufe sich einschließlich des Materialschadens und des Arbeitslohnes auf 9 Mk. Nach langem Hin- und Herstreiten wurde eine Einigkeit erzielt. Der Meister zahlte dem Gesellen 2 Mk. aus. — Der Uhrmacher Gerhard klagt gegen den Gehülfen S. G. giebt an, daß er den S. am 27. März 1896 von Rostock aus engagirt habe und sollte Genauer am 15. April d. J. seine Stelle antreten. Da S. durch briefliche Dokumente das Engagement nachgewiesen wurde, erbot sich derselbe zu einigen und zwar dahin, daß er dem Meister Gerhard 8 Mk. Entschädigung zahlen wolle. Bis zum 20. Mai will der Gehülfe das Geld am Gewerbegericht hinterlegen und am 21. Mai könne sich der Meister dann den Betrag abholen. Auf diesen Vergleich ging S. ein.

Kiel. Mord- und Selbstmordversuch.

Montag Morgen gegen 6 Uhr feuerte ein aus Travemünde gebürtiger junger Mann auf ein in der Damenstraße wohnhaftes Kontrollmädchen drei Schüsse aus einem vorderen ab und traf das Mädchen am Hals, Arm Rücken. Mit einem vierten Schuß schoß er sich selbst die Schläfe. Beide Verwundete wurden schwerwiegend in den Krankenkorb in die Akademischen Heilanstalten fürördert.

Hamburg. Die bedingte Verurteilung Hamburg beruht auf einer internen Senatsverfügung die Strafvollzugsbehörden und ist besser als bedingte Begnadigung zu bezeichnen. Die Beamten der Strafvollzugsbehörden sind durch diese interne Verfügung gemessen worden, dem Senate jeweilig die Namen derjenigen mitzutheilen, die, bisher unbescholten, gegen Freiheitsstrafen zu verbüßen verurtheilt sind. Der Senat prüft die einzelnen Fälle und befindet über den Verbleib oder den bedingten Erlaß der Strafe.

Hamburg. Am zwölftenziehungstage der 7. Klasse der Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit stehenden Hauptgewinnen gezogen:
 Nr. 76148 mit 20000 Mk. Nr. 86842 mit 5000 Mk.
 8634 24409 42082 42187 69302 84106 91006 mit 3000 Mk.
 Nr. 4146 25605 50503 56874 61626 68800 80370 89751 9 mit 2000 Mk.
 Nr. 195 606 1987 2879 3416 3526 4668 8822 18685 22315 23351 26958 28992 30769 35320 39721 40983 41250 46618 47978 48577 56629 61915 6 67459 67804 70453 72887 74520 78116 78768 79810 8 88204 94313 97755 99462 101362 102769 105191 11171 1000 Mk.
 Nr. 417 2045 3418 3474 3757 3886 8223 8767 9335 9771 11134 11145 11420 11950 13123 13730 14837 1 18851 19103 19432 20953 20984 21236 23125 23216 2 27139 29090 29837 30093 30176 31623 39274 40887 4 45884 49591 49607 50250 51646 51651 55042 56401 5 66294 67036 67240 67925 68586 68610 68982 71735 7 75453 79018 79631 80510 80976 81398 81539 81640 8 81855 82999 83951 85149 86266 86471 87444 87946 9 97743 100247 100636 103067 104266 107284 107767 10 111373 111683 mit 400 Mk. (Ohne Gewähr.)

Angelkommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.
 Angkommen:
 Mittwoch, den 6. Mai.
 4,10 R. D. J. B. Dillberg, Vergh. von Kopenhagen in 12
 4,35 R. D. Fris, Wallenius, von Rüssel in 3 Tg.
 Abgegangen:
 Dienstag, den 5. Mai.
 5,30 R. Marie Amalie, Engel, nach Wismar.
 6,50 R. D. Rosenborg, Schulz, nach Riga.
 8,05 R. D. Lübeck, Hultman, nach Kopenhagen.
 Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr. W: 6,4
 22,3, schwach.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Herrn **Haubold** und Frau zur silbernen Hochzeit ein donnerndes Hoch. Habber Haubold brint nich so veel Grod, sünt sümt Din Wudder Di upp 'n Kopp. Nu rah' mal.

Ein kräftiges Mädchen zu sofort.
 Künshausen 19.

Zu sofort ein junger Knecht.
 Kleine Altesfähre 1.

Ein gutes Logis
 für einen jungen Mann. Hundestraße 20, part.
 Ein freundliches **Logis** für 2 junge Leute.
 Deplan 3.

1 freundl. Logis an einen jungen Mann zu verm.
 Näheres Fischstraße 32, part.

Das **Haus Hartengrube 12** ist wegen Ableben billig zu verkaufen.
 Näheres daselbst.

Ein gut erhaltener **Handwagen** ist zu verkaufen.
 Hartengrube 11.

2000 alte Dachpaanen sind zu verkaufen.
 Näheres Ziegelstraße 1 f.

Zu verkaufen ein wenig gebrauchter **Sitzwagen.**
 Klappenstraße 9

1 großer starker Ziehhund ist zu verkaufen.
 Näheres Engelsgrube 63.

Landschweinstöpfe Pfund nur 30 Pfg., gute fette **Schmalz** Pfund 85 und 90 Pfg., sehr pikanten fetten **Schweizer Käse** Pfund 80 Pfg. empfiehlt **C. Ohlert**, Königstraße 123.

Billigen Sohlen-Ausschnitt und Schuhmacher-Artikel aller Art empfiehlt **Friedr. Dührkop**, Fischstraße 18

Geschäfts-Eröffnung.
 Mit dem heutigen Tage eröffne ich Königstraße 68, bei der Süßstraße, eine **Cier-, Fettwaaren- und Herings-Handlung.**
 Indem ich für gute Waaren und aufmerksame Bedienung Sorge tragen werde, bitte ich bei Bedarf um geeigneten Zuspruch.
 Hochachtungsvoll **F. Köppler.**

Geld! sofort Geld!
 erhalten. Sie auf **M. H. H. 1. Kohprodnkte, Waaren aller Art**, wenn wir zur Auktion übergeben, ohne Lagerkosten zu berechnen.
J. C. B. Schmehl, Auktionator u. Taxator, Hundestraße 8.

Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz gebrannten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener (nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die Adler-Brauerei.
 Inh.: G. Teichgräber.

H. Prüssmann & Sohn
 Möbelhandlung
 23 Marlesgrube 23
 empfehlen ihr reichhaltiges Lager von **Möbilen, Spiegeln, Polsterwaaren, Bildern, Regulatoruhren und Kinderwagen zu billigen Preisen.**
 Wir verkaufen obige Gegenstände auch auf Abzahlung bei Anzahlung nach Uebereinkunft.

Hansa „Extra“
 ist die beliebteste gewordene Marke der **Lübecker Margarine-Fabrik „Hansa“**
J. Schröder & Co.
 Vertreter:
Wilh. Hammer, Lübeck.

Tapeten
 in neuen Mustern
 Rolle von 10 Pfennig an empfiehlt
Hans Fock,
 Radenburger Allee 10.

Moselwein
 Flasche egl. Glas 50 Pfg.
Roth- und Weißwein
 Flasche egl. Glas von 60 Pfg. an.
Spirituosen
 nur in vorzüglichster Waare empfiehlt billigstens
Louis Dellien
 Gr. Burgstr. 39.
 Täglich
ff. große Goldbutt
 3 Stück 10 Pfg.
Gust. Bruhn, Süßstraße 36.
 NB. Meine Zeugmängel steht Jedem frei.

Sehr schöne
Kern-Seife
 Pfund 23 Pfg., 10 Pfund 2,15 Mk.
Concentr. Oel-Seife
 Pfund 18 Pfg.
 3 große Stücke Toilette-Seifen
 18 Pfg. bei
Ferd. Schreiber.

O. Ohlsson
 Fahrrad-Handlung
 Catharinenstraße 23a.
 Vertreter erstel. Fabriken.
 Annahme sämmtl. Reparaturen.
 Neuheit „Quadrant“ m. Federrahmen.

Einerbier-Verkauf
 Montags u. Donnerstags v. 5—10 Uhr
 Ergebnis
 L. Hochbaum, St. Gertrud-Brauerei
 Schulstrasse 8.

Colosseum Mölln i.L.
 Grosser Salon, schöner Garten an Wasser und Wald, doppelte Kegelbahn empfiehlt sich Vereinen, Clubs, Sommerausflügler bestens.
J. Ehlers.

Bekanntmachung.
 Der von ca. 105 Gemeindegürgern in Stoddeisdorf-Radenburg beantragte **Wohltätigkeitsball zum Besten des Invalidenfonds der Central-Kranken- und Sterbefälle der Fischer u. f. w.** am Freitag den 8. Mai in meinen neu vergrößerten Lokalitäten ist von der Großherzoglichen Regierung in Gütin verboten worden. Es findet deshalb nun ein **Einweihungs-Ball** meiner neu vergrößerten Lokalitäten an oben genanntem Tage statt, und haben die schon vertriebenen Karten zum Wohltätigkeitsball ihre volle Gültigkeit. Eintritt 50 Pfg. Anfang 8 Uhr. Hierzu sind alle Freunde und Gönner freundlich eingeladen.
F. L. Paotau, Radenburg.

Kranken-Unterstützungs-Bund
Schneider (Zahlstelle Lübeck).
 Donnerstag den 7. Mai,
 Abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 im Lokale des Herrn **Lamprecht**, Johanni-
Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom 1. Quartal.
 2. Bericht vom Sanitätsverband.
 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung

Lübecker
Genossenschaftsbäder
 c. G. m. u. S.
Außerordentliche
General-Versammlung
 am Donnerstag den 7. Mai,
 Abends 8 1/2 Uhr,
 in den Central-Hallen, Dankwartsgru-
Tages-Ordnung:
 1. Ausschluss eines Genossen nach § 39, W.
 des Statuts.
 2. Berathung und Beschlussfassung über
 neu ausgearbeitete Statut.
 Antheilscheine legitimiren.
Der Vorstand

St. Lorenz
Liedertafel
 Sonntag den 10. Mai:
Socialer Abend
 im Concerthaus „Flora.“
 Anfang 6 Uhr.
 Einführungen sind gestattet.
Der Vorstand

Gennburg's Concerthaus
 Täglich:
Grosses Concert
 der Damenkapelle „Hansa“.
 Anfang Sonntags 4 Uhr Wochentags 7 U
 Eintritt frei. Mittwoch u. Sonnabende
Frühstücken - Concert
Tivoli-Theater
 Donnerstag den 7. Mai 1896:
 Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.
Der Bettelstudent
 Operette in 3 Akten von F. Zell und R. Gen
 Musik von C. W. Müller.

Zweiter Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

G. Berlin, 4. Mai 1896.

In dem großen Saale des Etablissement Keller hat heute hier der zweite Kongress der Gewerkschaften Deutschlands seine Verhandlungen begonnen.

Der Saal ist festlich geschmückt, gegenüber der Bühne weht von der Gallerie die rotte Fahne der Berliner Gewerkschaften in goldenen Lettern die Worte: „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ zeigend. An beiden Seiten der Bühne wehen ebenfalls rotte Belarien herab mit den Aufschriften: „Einigkeit macht stark.“ Zwei alte weißleibene Fahnen der Brauer- und Steinmehlgewerkschaft sind in den beiden Längsgalerien angebracht.

Legien-Hamburg eröffnet den Kongress und begrüßt die Delegierten, die etwa 150 Mann stark, an der Versammlung theilnehmen. Er weist darauf hin, daß nach dem Beschlusse des letzten Kongresses nur die zentralisirten Organisationen und diejenigen Lokalorganisationen, in deren Gewerkschaft keine Zentralorganisation besteht, zum Kongresse eingeladen worden sind und giebt in kurzen Zügen ein Bild der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. Die Bewegung sei gewachsen, aber man habe noch keine Ursache, besonders stolz zu sein. Ein früherer Gewerkschaftsführer habe einmal gesagt: 50 Abgeordnete, 50 000 politisch organisierte Genossen und eine Million Gewerkschafter und der Achtstundentag ist errungen. Die Million Gewerkschafter fehlten noch, bei dem nöthigen Selbstvertrauen werde man dieses Ziel aber noch erreichen.

Von den österreichischen Gewerkschaften ist ein Delegierter in der Person Hueber-Wien entsandt worden, den Legien herzlich begrüßt, außerdem verliest er mehrere Begrüßungsschreiben, welche von schweizerischen und französischen Gewerkschafts-Organisationen eingegangen sind.

Hueber-Wien hält eine kurze Begrüßungsansprache, in der er besonders betont, daß die österreichischen Gewerkschaften das erste Mal vereint einen Delegierten zu einem Gewerkschaftskongress entsandt haben. Die österreichischen Gewerkschaften seien noch nicht so weit vorgeschritten, wie die deutschen. Sie könnten in Folge dessen aber das Schlechte, was sich in der deutschen Bewegung zeige, weglassen und nur das Gute nehmen. (Heiterkeit.) Trotzdem gehe man in Oesterreich, wie es ihm scheinen wolle, mit größerer Begeisterung in die Lohnbewegungen hinein, rechne nicht so ängstlich wie in Deutschland mit den Geldmitteln. Obwohl die österreichischen Gewerkschaften ganz anders zentralisirt sind, als die deutschen, würden sie eine Auflösung der Generalkommission bedauern. Er warne vor diesem Schritte, denn er würde eine fatale Rückwirkung auf die österreichische Bewegung äußern. Er könnte unmöglich der Berathung weiter beiwohnen, wenn von einer Zentralisation abgesehen werden sollte. In diesem Sinne begrüße er den Kongress herzlich. (Lebhafter Beifall.)

Die Verlesung der Präsenzliste ergibt, daß 57 Organisationen vertreten und 142 Delegierte, inkl. der fünf Mitglieder der Generalkommission anwesend sind.

Zum 1. Vorsitzenden wird Legien-Hamburg, zum 2. Vorsitzenden Timm-Berlin gewählt.

Zu Schriftführern werden gewählt: Deisinger, Türk, Fraas, Leipart, Bredet, Ströhlinger, Hentker und Holm.

Der Unterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter hat die Beschickung des Kongresses abgelehnt, weil er sein

Verhältniß zur Generalkommission gelöst hat. Ein großer Theil der Mitglieder ist mit diesem Schritt nicht einverstanden und eine größere Anzahl von Zahlstellen hat zwei Vertreter zum Kongress entsandt, einen aus dem Norden und einen aus dem Süden.

Thomas-Altona giebt eine dementsprechende Erklärung ab.

Die Geschäftsordnung wird nach den Anträgen der Generalkommission angenommen.

Bemerkenswerth ist folgende Bestimmung:

„Bei namentlichen Abstimmungen ist nicht die Zahl der für oder gegen einen Antrag stimmenden Delegierten, sondern die der von ihnen vertretenen Mitglieder der Organisationen entscheidend.“

Die Verhandlungen werden von 8 Uhr früh bis 12 Uhr Mittags und Nachmittags von 2—6 Uhr dauern.

Nachdem noch die Tagesordnung nach dem Antrage der Generalkommission festgestellt ist, tritt die Mittagspause ein.

In der Nachmittags-Sitzung wird zunächst ein dringlicher Antrag Brey-Hannover, „dem Verband der Fabrik-, Land-Flüsssarbeiter und Arbeiterinnen ein Darlehen von 5000 Mark zu gewähren“, angenommen, nachdem ihn der Antragsteller unter Hinweis auf verschiedene Lohnkämpfe, die diese junge Organisation gerade jetzt zu bestehen habe, begründet hatte.

Ein Begrüßungstelegramm ist von den streikenden Schülfern in München eingegangen.

Sillier-Berlin giebt den Bericht der Wahlprüfungscommission, wonach 136 Delegierte und 5 Mitglieder der Generalkommission und 56 Organisationen vertreten sind. Die Mandatsprüfungskommission empfiehlt auch die Organisationen, die ihrer Beitragspflicht nicht oder nicht voll genügt haben, zuzulassen.

Wollmann-Berlin beantragt, erst einen Beschluß des Kongresses darüber herbeizuführen, ob die zuletzt erwähnten Organisationen zugelassen werden sollen. Ihre Zulassung müsse mindestens von einer genügenden Erklärung der Gewerkschafts-Vertreter abhängig gemacht werden. Von mehreren Vertretern wird darauf hingewiesen, daß einzelne Gewerkschaften ihrer Zahlungspflicht nicht nachkommen konnten. Nachdem die betr. Organisationen eingeladen seien und kein Protest dagegen eingelaufen sei, müßten die betr. Organisationen zugelassen werden.

Von anderer Seite wird an den Kassenbeständen der einzelnen Gewerkschaften nachgewiesen, daß die meisten Organisationen wohl in der Lage waren, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Der Kongress beschließt über den Antrag Wollmann zur Tagesordnung überzugehen und beschließt im Sinne der Mandatsprüfungskommission.

Legien-Hamburg giebt hierauf den Rechenschaftsbericht der Generalkommission: Es mag richtig sein, daß die Generalkommission nicht das geleistet hat, was sie hätte leisten sollen; das liegt aber nicht an ihrem guten Willen, und schließlich werden Sie zugeben müssen, daß das, was geleistet ist, nicht unbeträchtlich ist. Die Generalkommission verfügt über nur einen Beamten, während die österreichische Gewerkschaftsleitung drei Beamte besitzt. Die Generalkommission hat sich gesagt, ehe nicht eine solche Einrichtung eingewurzelt ist, wollen wir uns nicht auf einen kostspieligen Verwaltungsapparat einlassen. Auf dem diesmaligen Kongress wird es sich entscheiden, ob die Institution eine dauernde sein wird oder nicht. Bis jetzt stand sie im Anfangsstadium, wird sie nicht aus Bosheit oder Mißverständnis weiter angerempelt, dann wird sie zeigen, daß sie mehr leisten kann. Vielleicht kommt dann

ein und der andere und sagt, das war ein Fehler, Ihr hättet uns zeigen sollen, was sich mit einem größeren Verwaltungsapparat leisten läßt. Ich halte das aber für unrichtig. Wir haben in rückständigen Gegenden, wie Ost- und Westpreußen, Organisationen mit einigen hundert Mitgliedern geschaffen; ohne die Thätigkeit der Generalkommission wäre das nicht möglich gewesen. Wir haben uns an Ort und Stelle Leute ausgesucht, die die Organisationen begründet und weiter ausgebaut haben. In der „Metallarbeiter-Zeitung“ ist in einem Berichte aus Danzig die Thätigkeit der Generalkommission auch anerkannt worden. Dieser kurze Bericht wiegt viele lange Artikel auf, die gegen die Generalkommission geschrieben sind.

Wir haben ferner Agitationstouren für die Nahrungsmittelbranche inszenirt. Solche Agitationen verursachen eine Menge Arbeit. Die Generalkommission hat versucht, so gut wie möglich zu operiren. Wer das zu beurtheilen vermag, wird die Größe der Arbeitsleistung zugeben müssen. Nicht minder schwierig war die Agitation unter den Arbeiterinnen. Es war die erste wirklich große Agitation unter den Arbeiterinnen, und es sind auch mehrere tausend für die Organisation gewonnen worden. Wir haben in Bezug auf Statistiken nicht viel leisten können, aber die einzelnen Organisationen haben mit geringen Ausnahmen selbst noch nichts auf statistischen Gebiet geleistet. Wir haben nur eine mangelhafte Streitstatistik aufstellen können, weil wir zu wenig unterstützt worden sind von den einzelnen Organisationen. Beschlüsse nach dieser Richtung sind zwar gefaßt aber nicht gehalten worden. Es ist einfach schief, solche Beschlüsse nicht auszuführen — Das Korrespondenzblatt ist zwar nur ein kleines Blättchen, aber es ist von der Gewerkschafts-Pressen sehr eifrig benutzt worden. Wird das Blatt vergrößert, so wird es auch mehr leisten können; denn die Beziehungen zum Auslande haben sich befestigt, auch auf internationalem Gebiete ist die Generalkommission nicht unthätig gewesen. Das sind die Ergänzungen zu dem schriftlichen Bericht. Sie werden sich vielleicht wundern, daß von dem Streit und der Spannung zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission, den dunklen Plänen der Generalkommission, dem Austritt der Taback-Arbeiter in dem Bericht keine Rede ist. Die Generalkommission hält diese Dinge nicht für wichtig genug, um sie im Druck zu verewigen. Was geht der Parteivorstand der Generalkommission an? Vermöge der Vereinsgesetzgebung dürfen beide nicht in Verbindung treten. Wenn der Auer und der Legien sich in Köln auf dem Parteitage zanken und der eine vom andern sich nicht moralisch ohrfeigen läßt, sondern seine Liebeshwürdigkeiten erwidert, so plagen eben persönliche Gegensätze aufeinander, aber die Gewerkschaftsbewegung geht das nichts an. Noch ein paar Worte über die dunklen Pläne der Generalkommission. Ueber diese dunklen Pläne — es handelte sich um die Einberufung dieses Kongresses — waren 300 Personen unterrichtet worden und trotzdem sprachen die Handschuhmacher von einem Geheimniß. Der Plan der Generalkommission ging dahin, daß neben diesem Kongress ein anderer Kongress von dem Lokal-Komitee einberufen werden sollte, zu dem die Mitglieder in öffentlichen Versammlungen gewählt werden sollten. Ich kann das jetzt ganz offen sagen, denn dadurch, daß die Sache so reichlich besprochen worden ist, ist uns auf lange Zeit hinaus, die Möglichkeit diesen Plan auszuführen, genommen. Der Staatsanwalt würde jetzt sofort einschreiten. Der „Vorwärts“ druckte sofort — er ist sonst nicht so schnell — den Artikel aus dem „Handschuhmacher“ ab und stellte die Frage: Was geht vor? Man hätte sehr leicht erfahren können, was vorgeht, denn zwei Mitglieder der General-

kommission sind in Köln auf dem Parteitage zanken und der eine vom andern sich nicht moralisch ohrfeigen läßt, sondern seine Liebeshwürdigkeiten erwidert, so plagen eben persönliche Gegensätze aufeinander, aber die Gewerkschaftsbewegung geht das nichts an. Noch ein paar Worte über die dunklen Pläne der Generalkommission. Ueber diese dunklen Pläne — es handelte sich um die Einberufung dieses Kongresses — waren 300 Personen unterrichtet worden und trotzdem sprachen die Handschuhmacher von einem Geheimniß. Der Plan der Generalkommission ging dahin, daß neben diesem Kongress ein anderer Kongress von dem Lokal-Komitee einberufen werden sollte, zu dem die Mitglieder in öffentlichen Versammlungen gewählt werden sollten. Ich kann das jetzt ganz offen sagen, denn dadurch, daß die Sache so reichlich besprochen worden ist, ist uns auf lange Zeit hinaus, die Möglichkeit diesen Plan auszuführen, genommen. Der Staatsanwalt würde jetzt sofort einschreiten. Der „Vorwärts“ druckte sofort — er ist sonst nicht so schnell — den Artikel aus dem „Handschuhmacher“ ab und stellte die Frage: Was geht vor? Man hätte sehr leicht erfahren können, was vorgeht, denn zwei Mitglieder der General-

kommission sind in Köln auf dem Parteitage zanken und der eine vom andern sich nicht moralisch ohrfeigen läßt, sondern seine Liebeshwürdigkeiten erwidert, so plagen eben persönliche Gegensätze aufeinander, aber die Gewerkschaftsbewegung geht das nichts an. Noch ein paar Worte über die dunklen Pläne der Generalkommission. Ueber diese dunklen Pläne — es handelte sich um die Einberufung dieses Kongresses — waren 300 Personen unterrichtet worden und trotzdem sprachen die Handschuhmacher von einem Geheimniß. Der Plan der Generalkommission ging dahin, daß neben diesem Kongress ein anderer Kongress von dem Lokal-Komitee einberufen werden sollte, zu dem die Mitglieder in öffentlichen Versammlungen gewählt werden sollten. Ich kann das jetzt ganz offen sagen, denn dadurch, daß die Sache so reichlich besprochen worden ist, ist uns auf lange Zeit hinaus, die Möglichkeit diesen Plan auszuführen, genommen. Der Staatsanwalt würde jetzt sofort einschreiten. Der „Vorwärts“ druckte sofort — er ist sonst nicht so schnell — den Artikel aus dem „Handschuhmacher“ ab und stellte die Frage: Was geht vor? Man hätte sehr leicht erfahren können, was vorgeht, denn zwei Mitglieder der General-

kommission sind in Köln auf dem Parteitage zanken und der eine vom andern sich nicht moralisch ohrfeigen läßt, sondern seine Liebeshwürdigkeiten erwidert, so plagen eben persönliche Gegensätze aufeinander, aber die Gewerkschaftsbewegung geht das nichts an. Noch ein paar Worte über die dunklen Pläne der Generalkommission. Ueber diese dunklen Pläne — es handelte sich um die Einberufung dieses Kongresses — waren 300 Personen unterrichtet worden und trotzdem sprachen die Handschuhmacher von einem Geheimniß. Der Plan der Generalkommission ging dahin, daß neben diesem Kongress ein anderer Kongress von dem Lokal-Komitee einberufen werden sollte, zu dem die Mitglieder in öffentlichen Versammlungen gewählt werden sollten. Ich kann das jetzt ganz offen sagen, denn dadurch, daß die Sache so reichlich besprochen worden ist, ist uns auf lange Zeit hinaus, die Möglichkeit diesen Plan auszuführen, genommen. Der Staatsanwalt würde jetzt sofort einschreiten. Der „Vorwärts“ druckte sofort — er ist sonst nicht so schnell — den Artikel aus dem „Handschuhmacher“ ab und stellte die Frage: Was geht vor? Man hätte sehr leicht erfahren können, was vorgeht, denn zwei Mitglieder der General-

kommission sind in Köln auf dem Parteitage zanken und der eine vom andern sich nicht moralisch ohrfeigen läßt, sondern seine Liebeshwürdigkeiten erwidert, so plagen eben persönliche Gegensätze aufeinander, aber die Gewerkschaftsbewegung geht das nichts an. Noch ein paar Worte über die dunklen Pläne der Generalkommission. Ueber diese dunklen Pläne — es handelte sich um die Einberufung dieses Kongresses — waren 300 Personen unterrichtet worden und trotzdem sprachen die Handschuhmacher von einem Geheimniß. Der Plan der Generalkommission ging dahin, daß neben diesem Kongress ein anderer Kongress von dem Lokal-Komitee einberufen werden sollte, zu dem die Mitglieder in öffentlichen Versammlungen gewählt werden sollten. Ich kann das jetzt ganz offen sagen, denn dadurch, daß die Sache so reichlich besprochen worden ist, ist uns auf lange Zeit hinaus, die Möglichkeit diesen Plan auszuführen, genommen. Der Staatsanwalt würde jetzt sofort einschreiten. Der „Vorwärts“ druckte sofort — er ist sonst nicht so schnell — den Artikel aus dem „Handschuhmacher“ ab und stellte die Frage: Was geht vor? Man hätte sehr leicht erfahren können, was vorgeht, denn zwei Mitglieder der General-

kommission sind in Köln auf dem Parteitage zanken und der eine vom andern sich nicht moralisch ohrfeigen läßt, sondern seine Liebeshwürdigkeiten erwidert, so plagen eben persönliche Gegensätze aufeinander, aber die Gewerkschaftsbewegung geht das nichts an. Noch ein paar Worte über die dunklen Pläne der Generalkommission. Ueber diese dunklen Pläne — es handelte sich um die Einberufung dieses Kongresses — waren 300 Personen unterrichtet worden und trotzdem sprachen die Handschuhmacher von einem Geheimniß. Der Plan der Generalkommission ging dahin, daß neben diesem Kongress ein anderer Kongress von dem Lokal-Komitee einberufen werden sollte, zu dem die Mitglieder in öffentlichen Versammlungen gewählt werden sollten. Ich kann das jetzt ganz offen sagen, denn dadurch, daß die Sache so reichlich besprochen worden ist, ist uns auf lange Zeit hinaus, die Möglichkeit diesen Plan auszuführen, genommen. Der Staatsanwalt würde jetzt sofort einschreiten. Der „Vorwärts“ druckte sofort — er ist sonst nicht so schnell — den Artikel aus dem „Handschuhmacher“ ab und stellte die Frage: Was geht vor? Man hätte sehr leicht erfahren können, was vorgeht, denn zwei Mitglieder der General-

kommission sind in Köln auf dem Parteitage zanken und der eine vom andern sich nicht moralisch ohrfeigen läßt, sondern seine Liebeshwürdigkeiten erwidert, so plagen eben persönliche Gegensätze aufeinander, aber die Gewerkschaftsbewegung geht das nichts an. Noch ein paar Worte über die dunklen Pläne der Generalkommission. Ueber diese dunklen Pläne — es handelte sich um die Einberufung dieses Kongresses — waren 300 Personen unterrichtet worden und trotzdem sprachen die Handschuhmacher von einem Geheimniß. Der Plan der Generalkommission ging dahin, daß neben diesem Kongress ein anderer Kongress von dem Lokal-Komitee einberufen werden sollte, zu dem die Mitglieder in öffentlichen Versammlungen gewählt werden sollten. Ich kann das jetzt ganz offen sagen, denn dadurch, daß die Sache so reichlich besprochen worden ist, ist uns auf lange Zeit hinaus, die Möglichkeit diesen Plan auszuführen, genommen. Der Staatsanwalt würde jetzt sofort einschreiten. Der „Vorwärts“ druckte sofort — er ist sonst nicht so schnell — den Artikel aus dem „Handschuhmacher“ ab und stellte die Frage: Was geht vor? Man hätte sehr leicht erfahren können, was vorgeht, denn zwei Mitglieder der General-

kommission sind in Köln auf dem Parteitage zanken und der eine vom andern sich nicht moralisch ohrfeigen läßt, sondern seine Liebeshwürdigkeiten erwidert, so plagen eben persönliche Gegensätze aufeinander, aber die Gewerkschaftsbewegung geht das nichts an. Noch ein paar Worte über die dunklen Pläne der Generalkommission. Ueber diese dunklen Pläne — es handelte sich um die Einberufung dieses Kongresses — waren 300 Personen unterrichtet worden und trotzdem sprachen die Handschuhmacher von einem Geheimniß. Der Plan der Generalkommission ging dahin, daß neben diesem Kongress ein anderer Kongress von dem Lokal-Komitee einberufen werden sollte, zu dem die Mitglieder in öffentlichen Versammlungen gewählt werden sollten. Ich kann das jetzt ganz offen sagen, denn dadurch, daß die Sache so reichlich besprochen worden ist, ist uns auf lange Zeit hinaus, die Möglichkeit diesen Plan auszuführen, genommen. Der Staatsanwalt würde jetzt sofort einschreiten. Der „Vorwärts“ druckte sofort — er ist sonst nicht so schnell — den Artikel aus dem „Handschuhmacher“ ab und stellte die Frage: Was geht vor? Man hätte sehr leicht erfahren können, was vorgeht, denn zwei Mitglieder der General-

kommission sind in Köln auf dem Parteitage zanken und der eine vom andern sich nicht moralisch ohrfeigen läßt, sondern seine Liebeshwürdigkeiten erwidert, so plagen eben persönliche Gegensätze aufeinander, aber die Gewerkschaftsbewegung geht das nichts an. Noch ein paar Worte über die dunklen Pläne der Generalkommission. Ueber diese dunklen Pläne — es handelte sich um die Einberufung dieses Kongresses — waren 300 Personen unterrichtet worden und trotzdem sprachen die Handschuhmacher von einem Geheimniß. Der Plan der Generalkommission ging dahin, daß neben diesem Kongress ein anderer Kongress von dem Lokal-Komitee einberufen werden sollte, zu dem die Mitglieder in öffentlichen Versammlungen gewählt werden sollten. Ich kann das jetzt ganz offen sagen, denn dadurch, daß die Sache so reichlich besprochen worden ist, ist uns auf lange Zeit hinaus, die Möglichkeit diesen Plan auszuführen, genommen. Der Staatsanwalt würde jetzt sofort einschreiten. Der „Vorwärts“ druckte sofort — er ist sonst nicht so schnell — den Artikel aus dem „Handschuhmacher“ ab und stellte die Frage: Was geht vor? Man hätte sehr leicht erfahren können, was vorgeht, denn zwei Mitglieder der General-

kommission sind in Köln auf dem Parteitage zanken und der eine vom andern sich nicht moralisch ohrfeigen läßt, sondern seine Liebeshwürdigkeiten erwidert, so plagen eben persönliche Gegensätze aufeinander, aber die Gewerkschaftsbewegung geht das nichts an. Noch ein paar Worte über die dunklen Pläne der Generalkommission. Ueber diese dunklen Pläne — es handelte sich um die Einberufung dieses Kongresses — waren 300 Personen unterrichtet worden und trotzdem sprachen die Handschuhmacher von einem Geheimniß. Der Plan der Generalkommission ging dahin, daß neben diesem Kongress ein anderer Kongress von dem Lokal-Komitee einberufen werden sollte, zu dem die Mitglieder in öffentlichen Versammlungen gewählt werden sollten. Ich kann das jetzt ganz offen sagen, denn dadurch, daß die Sache so reichlich besprochen worden ist, ist uns auf lange Zeit hinaus, die Möglichkeit diesen Plan auszuführen, genommen. Der Staatsanwalt würde jetzt sofort einschreiten. Der „Vorwärts“ druckte sofort — er ist sonst nicht so schnell — den Artikel aus dem „Handschuhmacher“ ab und stellte die Frage: Was geht vor? Man hätte sehr leicht erfahren können, was vorgeht, denn zwei Mitglieder der General-

kommission sind in Köln auf dem Parteitage zanken und der eine vom andern sich nicht moralisch ohrfeigen läßt, sondern seine Liebeshwürdigkeiten erwidert, so plagen eben persönliche Gegensätze aufeinander, aber die Gewerkschaftsbewegung geht das nichts an. Noch ein paar Worte über die dunklen Pläne der Generalkommission. Ueber diese dunklen Pläne — es handelte sich um die Einberufung dieses Kongresses — waren 300 Personen unterrichtet worden und trotzdem sprachen die Handschuhmacher von einem Geheimniß. Der Plan der Generalkommission ging dahin, daß neben diesem Kongress ein anderer Kongress von dem Lokal-Komitee einberufen werden sollte, zu dem die Mitglieder in öffentlichen Versammlungen gewählt werden sollten. Ich kann das jetzt ganz offen sagen, denn dadurch, daß die Sache so reichlich besprochen worden ist, ist uns auf lange Zeit hinaus, die Möglichkeit diesen Plan auszuführen, genommen. Der Staatsanwalt würde jetzt sofort einschreiten. Der „Vorwärts“ druckte sofort — er ist sonst nicht so schnell — den Artikel aus dem „Handschuhmacher“ ab und stellte die Frage: Was geht vor? Man hätte sehr leicht erfahren können, was vorgeht, denn zwei Mitglieder der General-

kommission sind in Köln auf dem Parteitage zanken und der eine vom andern sich nicht moralisch ohrfeigen läßt, sondern seine Liebeshwürdigkeiten erwidert, so plagen eben persönliche Gegensätze aufeinander, aber die Gewerkschaftsbewegung geht das nichts an. Noch ein paar Worte über die dunklen Pläne der Generalkommission. Ueber diese dunklen Pläne — es handelte sich um die Einberufung dieses Kongresses — waren 300 Personen unterrichtet worden und trotzdem sprachen die Handschuhmacher von einem Geheimniß. Der Plan der Generalkommission ging dahin, daß neben diesem Kongress ein anderer Kongress von dem Lokal-Komitee einberufen werden sollte, zu dem die Mitglieder in öffentlichen Versammlungen gewählt werden sollten. Ich kann das jetzt ganz offen sagen, denn dadurch, daß die Sache so reichlich besprochen worden ist, ist uns auf lange Zeit hinaus, die Möglichkeit diesen Plan auszuführen, genommen. Der Staatsanwalt würde jetzt sofort einschreiten. Der „Vorwärts“ druckte sofort — er ist sonst nicht so schnell — den Artikel aus dem „Handschuhmacher“ ab und stellte die Frage: Was geht vor? Man hätte sehr leicht erfahren können, was vorgeht, denn zwei Mitglieder der General-

kommission sind in Köln auf dem Parteitage zanken und der eine vom andern sich nicht moralisch ohrfeigen läßt, sondern seine Liebeshwürdigkeiten erwidert, so plagen eben persönliche Gegensätze aufeinander, aber die Gewerkschaftsbewegung geht das nichts an. Noch ein paar Worte über die dunklen Pläne der Generalkommission. Ueber diese dunklen Pläne — es handelte sich um die Einberufung dieses Kongresses — waren 300 Personen unterrichtet worden und trotzdem sprachen die Handschuhmacher von einem Geheimniß. Der Plan der Generalkommission ging dahin, daß neben diesem Kongress ein anderer Kongress von dem Lokal-Komitee einberufen werden sollte, zu dem die Mitglieder in öffentlichen Versammlungen gewählt werden sollten. Ich kann das jetzt ganz offen sagen, denn dadurch, daß die Sache so reichlich besprochen worden ist, ist uns auf lange Zeit hinaus, die Möglichkeit diesen Plan auszuführen, genommen. Der Staatsanwalt würde jetzt sofort einschreiten. Der „Vorwärts“ druckte sofort — er ist sonst nicht so schnell — den Artikel aus dem „Handschuhmacher“ ab und stellte die Frage: Was geht vor? Man hätte sehr leicht erfahren können, was vorgeht, denn zwei Mitglieder der General-

kommission sind in Köln auf dem Parteitage zanken und der eine vom andern sich nicht moralisch ohrfeigen läßt, sondern seine Liebeshwürdigkeiten erwidert, so plagen eben persönliche Gegensätze aufeinander, aber die Gewerkschaftsbewegung geht das nichts an. Noch ein paar Worte über die dunklen Pläne der Generalkommission. Ueber diese dunklen Pläne — es handelte sich um die Einberufung dieses Kongresses — waren 300 Personen unterrichtet worden und trotzdem sprachen die Handschuhmacher von einem Geheimniß. Der Plan der Generalkommission ging dahin, daß neben diesem Kongress ein anderer Kongress von dem Lokal-Komitee einberufen werden sollte, zu dem die Mitglieder in öffentlichen Versammlungen gewählt werden sollten. Ich kann das jetzt ganz offen sagen, denn dadurch, daß die Sache so reichlich besprochen worden ist, ist uns auf lange Zeit hinaus, die Möglichkeit diesen Plan auszuführen, genommen. Der Staatsanwalt würde jetzt sofort einschreiten. Der „Vorwärts“ druckte sofort — er ist sonst nicht so schnell — den Artikel aus dem „Handschuhmacher“ ab und stellte die Frage: Was geht vor? Man hätte sehr leicht erfahren können, was vorgeht, denn zwei Mitglieder der General-

kommission sind in Köln auf dem Parteitage zanken und der eine vom andern sich nicht moralisch ohrfeigen läßt, sondern seine Liebeshwürdigkeiten erwidert, so plagen eben persönliche Gegensätze aufeinander, aber die Gewerkschaftsbewegung geht das nichts an. Noch ein paar Worte über die dunklen Pläne der Generalkommission. Ueber diese dunklen Pläne — es handelte sich um die Einberufung dieses Kongresses — waren 300 Personen unterrichtet worden und trotzdem sprachen die Handschuhmacher von einem Geheimniß. Der Plan der Generalkommission ging dahin, daß neben diesem Kongress ein anderer Kongress von dem Lokal-Komitee einberufen werden sollte, zu dem die Mitglieder in öffentlichen Versammlungen gewählt werden sollten. Ich kann das jetzt ganz offen sagen, denn dadurch, daß die Sache so reichlich besprochen worden ist, ist uns auf lange Zeit hinaus, die Möglichkeit diesen Plan auszuführen, genommen. Der Staatsanwalt würde jetzt sofort einschreiten. Der „Vorwärts“ druckte sofort — er ist sonst nicht so schnell — den Artikel aus dem „Handschuhmacher“ ab und stellte die Frage: Was geht vor? Man hätte sehr leicht erfahren können, was vorgeht, denn zwei Mitglieder der General-

kommission sind in Köln auf dem Parteitage zanken und der eine vom andern sich nicht moralisch ohrfeigen läßt, sondern seine Liebeshwürdigkeiten erwidert, so plagen eben persönliche Gegensätze aufeinander, aber die Gewerkschaftsbewegung geht das nichts an. Noch ein paar Worte über die dunklen Pläne der Generalkommission. Ueber diese dunklen Pläne — es handelte sich um die Einberufung dieses Kongresses — waren 300 Personen unterrichtet worden und trotzdem sprachen die Handschuhmacher von einem Geheimniß. Der Plan der Generalkommission ging dahin, daß neben diesem Kongress ein anderer Kongress von dem Lokal-Komitee einberufen werden sollte, zu dem die Mitglieder in öffentlichen Versammlungen gewählt werden sollten. Ich kann das jetzt ganz offen sagen, denn dadurch, daß die Sache so reichlich besprochen worden ist, ist uns auf lange Zeit hinaus, die Möglichkeit diesen Plan auszuführen, genommen. Der Staatsanwalt würde jetzt sofort einschreiten. Der „Vorwärts“ druckte sofort — er ist sonst nicht so schnell — den Artikel aus dem „Handschuhmacher“ ab und stellte die Frage: Was geht vor? Man hätte sehr leicht erfahren können, was vorgeht, denn zwei Mitglieder der General-

kommission sind in Köln auf dem Parteitage zanken und der eine vom andern sich nicht moralisch ohrfeigen läßt, sondern seine Liebeshwürdigkeiten erwidert, so plagen eben persönliche Gegensätze aufeinander, aber die Gewerkschaftsbewegung geht das nichts an. Noch ein paar Worte über die dunklen Pläne der Generalkommission. Ueber diese dunklen Pläne — es handelte sich um die Einberufung dieses Kongresses — waren 300 Personen unterrichtet worden und trotzdem sprachen die Handschuhmacher von einem Geheimniß. Der Plan der Generalkommission ging dahin, daß neben diesem Kongress ein anderer Kongress von dem Lokal-Komitee einberufen werden sollte, zu dem die Mitglieder in öffentlichen Versammlungen gewählt werden sollten. Ich kann das jetzt ganz offen sagen, denn dadurch, daß die Sache so reichlich besprochen worden ist, ist uns auf lange Zeit hinaus, die Möglichkeit diesen Plan auszuführen, genommen. Der Staatsanwalt würde jetzt sofort einschreiten. Der „Vorwärts“ druckte sofort — er ist sonst nicht so schnell — den Artikel aus dem „Handschuhmacher“ ab und stellte die Frage: Was geht vor? Man hätte sehr leicht erfahren können, was vorgeht, denn zwei Mitglieder der General-

Der Doppelgänger.

Roman von Carl Gorkij.

(9. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Ueber ein Jahr hatte Leonore diese Qualen ertragen; sie wollte es mit Aufbietung aller ihrer Kräfte durchsetzen, daß sie wenigstens eine gewisse Zeit in ihrer Stellung aushielt, um ein gutes Zeugniß zu erwerben, welches ihr das fernere Fortkommen erleichterte.

Aber ihre Kräfte schwanden unter den täglichen Nadelstichen weiblichen Neides immer mehr.

Da erschien gelegentlich einer Baureparatur im Schloß der junge Baumeister Ernst Scholwien aus der zunächst gelegenen Provinzialstadt.

Ernst Scholwien wurde der Stern in Leonorens bisher so dunklem Leben, seine für sie erwachende Liebe der Zauber, welcher ihr Gegenwart, Zukunft, selbst die Erinnerung an ihre trübe Vergangenheit verklärte.

Unter seinen Klüssen erblühte die blaue Wunderblume des Glücks, die sich für jeden Menschen einmal erschließt, für den einen dauernd, für den andern, um schnell wieder zu verwelken.

Nach wenigen Monaten war sie die glückliche und beglückende Gattin des Baumeisters Scholwien.

Zwei Jahre später krönte die Geburt eines Knaben dieses Glück.

Leonorens Gefühl über ihr Glück kam beinahe dem Stolge gleich.

Scholwien ließ im Streben nicht nach. Um sein Familienglück zu befestigen, um für sich und die Seinigen die Zukunft glänzender zu gestalten, trat er jene verhängnißvolle Reise nach der Residenz an, von welcher er nicht wiederkehrte, auf welcher er sein Leben lassen sollte.

Die blaue Blume war für Leonore rasch genug verwelkt. Sie war jetzt doppelt leidend, sie hatte das Glück des Lebens nur kennen gelernt, um es jetzt noch viel schmerzlicher zu vermissen.

Leonore war an einem Tage Wittwe und wieder arm geworden. Eine verruchte Mörderhand hatte ihr in dem Gatten den Ernährer und zugleich das kleine Vermögen, das Erbtheil ihres Sohnes, geraubt, das der Vater auf jener Unglücksreise bei sich gehabt hatte.

Der Verkauf ihres Mobiliars in jener kleinen Stadt, die ihr kurzes Eheglück gesehen hatte, setzte sie in den Stand, mit ihrem Kinde nach der Residenz überzusiedeln und sich dort bescheiden einzurichten.

War ihr kleiner Sohn zuerst auch ein großes Hinderniß, da er der persönlichen Wartung bedurfte, so blieb Leonore doch keine andere Wahl, als wieder zum Unterrichtsgeben ihre Zuflucht zu nehmen.

Nach manchem vergeblichen Suchen fand sie endlich eine bescheidene Stelle als Lehrerin an einer Elementarschule. In den Stunden ihrer Abwesenheit wurde ihr Knabe der Pflege und Obhut einer Nachbarin übergeben.

Nun war der Kleine bereits so weit herangewachsen,

daß er gehen und Leonore an schönen Sommerabenden nach dem Grabe des Vaters hinaus begleiten konnte.

War Leonore in der Schule mit fremden Kindern oder zu Hause mit ihrem eigenen Sohn beschäftigt, so konnte sie in der Thätigkeit ihr Leid oft ganz vergessen; saß sie aber draußen an dem Grabe, dann machte es sie immer wieder ruhelos.

So war es auch heute.

Als die Zweige der Trauerweide sich im leisen Abendwinde bewegten, glaubte sie, wie schon so oft, in diesem klagenden Rauschen zu vernehmen:

„Räche mich! Räche mich!“

Leonorens Blick wurde immer trüber, stark hielt sie ihn auf das Grab gerichtet, wohin sie heute zwischen die weiß blühenden Rosensträucher einen Bergfahnenkraut gelegt hatte. Immer quälte sie der Gedanke, daß der teure, unversehrte Tote da unten ebensowenig Ruhe finden könnte wie sie hier oben, wenn nicht sein Mörder entdeckt und der gerechten Strafe überliefert würde.

Jene Worte des Kriminalraths: „Aug' um Aug', Zahn um Zahn!“ wichen nie aus ihrem Gedächtniß.

So saß Leonore in düsteren Sinnen versunken, die Zweige der Trauerweide an Scholwien's Grabe bewegten sich im erlösenden Hauch des Abendwindes immer lebhafter, ihr Rauschen wurde lauter, einzelne Blätter fielen herab, und eines derselben streifte Leonorens Wange. — Deutlich und vernehmbar zuckte es abermals durch ihre Seele:

„Räche mich!“

(Fortsetzung folgt.)

Kommission sitzen im deutschen Reichstage, Redakteure des „Vorwärts“ sitzen auch da. Eine einfache Frage hätte genügt und die Aufklärung wäre erfolgt. Der Handschuhmacherverband verweigerte die Beiträge. Bald aber war wieder Friede über den Wassern. Die Angelegenheit der Tabakarbeiter steht mit dem Vorgehen der Handschuhmacher in Zusammenhang. Er erließ eine kurze Erklärung im „Gewerkshafter“, in der die Verweigerung der Zahlungen angekündigt wurde. Hatten wir den Handschuhmachern gegenüber keine Veranlassung zur Kritik, so mußten wir den Tabakararbeitern ordentlich die Wahrheit sagen. Wir haben Mittel für den Tabakarbeiterstreik beschafft, wie sie vordem noch nicht beschafft worden waren. Herr Junge in Bremen, der jetzt noch Vorsitzender des Tabakarbeiter-Verbandes ist, versicherte mir noch 1892: „Was die Generalkommission jetzt für die Tabakarbeiter thut, werden wir ihr nie vergessen.“ Dieses „nie“ hat gerade drei Jahre gedauert. Schade, daß die Tabakarbeiter nicht hier vertreten sind, ich hätte gern den Grund für ihr exzessives Verhalten erfahren. Es ist ja möglich, daß Vorsicht der bessere Theil der Tapferkeit ist. Damit ist mein Bericht erledigt. Ich kann Sie versichern, nur die Ueberzeugung, daß eine Institution wie die Generalkommission für die gedeihliche Entwicklung nothwendig ist, kann mich bestimmen, Ihnen den Fortbestand der Generalkommission zu empfehlen. Noch ein paar Worte über die vorliegenden Anträge: Dresden beantragt, statt der Generalkommission einen Korrespondenten oder Generalsekretär einzusetzen. Ich meine, ehe Sie diesen Antrag annehmen, lassen Sie die Generalkommission bestehen. Ein solcher Korrespondent braucht auch Mittel und soll er mehr leisten, braucht er noch mehr Mittel als die Generalkommission (sehr richtig). Ein Antrag der Metallarbeiter will einen Verein der Vorsitzenden der Zentralverbände bilden und dieser Verein soll einen Beamten anstellen. Ich halte die Bildung eines solchen Vereins nicht für ausführbar, weil die Wohnsitze der einzelnen Vorsitzenden zu weit auseinander liegen. Die Stuttgarter verlangen einen Gewerkschaftsbund. Es fragt sich, ob die Vereinsgesetzgebung da nicht hinderlich im Wege steht. Ich meine, eine solche Institution wie die Generalkommission, soll man, wenn sie erst einmal gegründet ist, nicht wieder beseitigen. Die Mitglieder haben dabei kein persönliches Interesse, die Generalkommission aufrecht zu erhalten. Ich bin allein besoldetes Mitglied, aber Sie werden mir zugeben, daß ich mir noch auf andere Weise 160 Mark monatlich verdienen kann. Die Generalkommission aufheben heißt die Dezentralisation aufheben und das wäre verhängnißvoll. Es hieße die Verbindung zwischen den einzelnen Gewerkschaften beseitigen. Nennen Sie das Ding wie Sie wollen, zerstören Sie aber nicht das Bindeglied zwischen den einzelnen Organisationen. Das Schreiben gegen die Generalkommission hat wunderliche Blüten gezeitigt. Eine Artikelreihe im „Grundstein“ propagirt geradezu die Dezentralisation. Das Eine will ich Ihnen sagen: Wenn Sie hier die Aufrechterhaltung der Generalkommission beschließen, dann behandeln Sie dieselbe wenigstens anständig. (Sehr richtig.) Es gehört wirklich viel Lust und Liebe zur Sache, wenn man diese schofle Behandlung in den Kauf nimmt. Ich will wünschen, daß es unsern Nachfolgern nicht so schwer gemacht wird wie uns. Kritisieren Sie, aber denken Sie immer daran: Hier handelt es sich darum Gemeinsames zu schaffen, alle Kräfte zusammenzufassen und denken Sie daran, daß auch das kleinste Mittel benutzt werden muß, dieses große Ziel zu erreichen. (Beifall.)

Leipart = Stuttgart bemerkt zur Geschäftsordnung, daß der Antrag der vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts zur Generalkommission von den Stuttgarter Gewerkschaften nicht angenommen worden ist, daher hier nicht zur Verhandlung kommen kann.

Der Antrag wird aber von Steinbrenner Stuttgart wieder aufgenommen und findet genügende Unterstützung.

Es werden folgende Anträge genügend unterstützt und zur Generaldiskussion gestellt:

Die Metallarbeiter Dresdens beantragen die Generalkommission aufzuheben und an ihrer Stelle einen Korrespondenten für Deutschland zu wählen.

Die Vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts beantragen:

1. Die Gewerkschaften Deutschlands treten zu einem Gewerkschaftsbund zusammen.
2. Zugelassen sind sämtliche Zentralorganisationen, sowie Lokalorganisationen solcher Berufe, für welche keine Zentralisation besteht.
3. Aufgaben des Bundes sind: Agitationen in rückständigen Gegenden, statistische Aufnahmen über Streiks, Herausgabe eines Zentralorgans, Unterstützung von Streiks in solchen Fällen, wo die Organisation allein im Kampf nicht siegreich zu Ende führen kann, Anknüpfung internationaler Beziehungen.
4. Die einzelnen Organisationen zahlen an den Bund pro Mitglied und Quartal 5 Pf. Beitrag. Die Abrechnung hierüber erfolgt vierteljährlich und sind dabei sämtliche Bundesmitgliedern mit denen von ihnen gezahlten oder restirenden Beiträgen aufzuführen.
5. Der Gewerkschaftskongreß wählt einen aus 9 Personen bestehenden Bundesvorstand.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verband beantragt:

Aufhebung der Generalkommission.

Der Verband der Zimmerer (Altona) beantragt: „Der Generalkommission sind die früheren Rechte

wieder einzuräumen und sie hat Streiks, Streikunterstützung und Agitation zu regeln.

Die Generalversammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes beantragt unter Aufrechterhaltung der Generalkommission den Beitrag auf 2,5 Pf. pro Quartal und Mitgliedsbeitrag herabzusetzen.

Verschiedene Anträge lauten auf Aufrechterhaltung der Generalkommission.

Der Verband der Fabrikarbeiter (Zahlstelle Halberstadt) beantragt, daß jede Zentralorganisation nur durch einen Delegirten vertreten ist.

Der Verband der Brauer (Zahlstelle Hamburg) beantragt, für je 3000 Mitglieder einer Organisation einen Delegirten zu wählen.

Der Vorstand des Verbandes der Bauarbeiter beantragt: Der Generalkommission bleibt das Recht sich auf den Verbandstagen der einzelnen Berufsorganisationen durch ein Mitglied vertreten zu lassen.

Als Korreferent wird vom Kongreß hierauf Schlidde-Stuttgart bestellt. Redner meint, ein Referat zu dem Bericht Legien's könne er nicht geben, er könne höchstens hier den Antrag des Metallarbeiter-Verbandes auf Aufhebung der Generalkommission etwas ausführlicher begründen. Redner führt aus:

Nicht Animosität gegen die Mitglieder der Generalkommission hat uns zu unserm Antrag veranlaßt, sondern die Thatsache, daß die Generalkommission zu wenig Unterstützung bei den Gewerkschaften gefunden hat. Die Gewerkschaften haben mit dem inneren Ausbau noch sehr viel zu thun und ich glaube, es ist besser, erst nach der Vollendung dieses Ausbaues ein so kostspieliges Institut wie die Generalkommission zu errichten. Die Verbindung zwischen den einzelnen Organisationen kann auch auf andere Weise unterhalten werden. Legien hat sich auf die Zahlstelle unseres Verbandes in Danzig berufen, die den Fortbestand der Generalkommission fordert. Ich kann ihm die Zahlstelle Königsberg entgegenhalten, die sich gegen den Fortbestand erklärt hat. Die Anforderungen der Generalkommission an die Gewerkschaften sind zu hoch, als daß die Organisationen sie alle erfüllen könnten. Ein Hundstott giebt mehr als er hat! Der Metallarbeiterverband war nicht dazu in der Lage und Legien hat das selbst anerkannt. Ich bestreite nicht, daß die Generalkommission viel zur Anknüpfung der internationalen Beziehungen gethan hat. Aber die einzelnen Gewerkschaften haben ja selbst internationale Beziehungen angeknüpft. Ich erinnere an den internationalen Bergarbeitertag und den internationalen Handschuhmacherkongreß. Auch hier rechtfertigt sich nicht der kostspielige Verwaltungsapparat der Generalkommission. Die sogenannten dunklen Pläne der Generalkommission waren in der That sehr bedenklich und forderten die Kritik heraus. Sie hat die Bedenklichkeit ihres Vorgehens wohl auch eingesehen. Ich kann die Entrüstung in den einzelnen Gewerkschaften sehr wohl begreifen. In der Generalkommission glaubt man jetzt das Gegengewicht gegen den Parteivorstand zu besitzen, den die Gewerkschaftsbewegung ein Dorn im Auge sein soll. Ich meine, sollte das wirklich beim Parteivorstand der Fall sein, so werden die Gewerkschaften selbst stark genug sein, alle solche Angriffe abzulehnen. Mir wurde einmal der Einwand gemacht: Hat die Generalkommission uns auch noch nichts genutzt, so hat sie uns doch auch nicht geschadet. Ich weise noch einmal auf die materiellen Opfer hin, die die Generalkommission fordert. Die Gewerkschaften brauchen ihr Geld, um ihren Mitgliedern materielle Vortheile von Dauer zu bieten. Mit kleinen vorübergehenden Aufbesserungen bei günstiger Konjunktur ist den Arbeitern nicht gedient. Jede Gewerkschaft soll vor Allem die eigene Organisation stärken, dann wird auch die Agitation leichter sein. Statistiken haben bei dem jetzigen Stande der Bewegung nur einen zweifelhaften Werth. Die Selbstkräftigung kann ohne Generalkommission erfolgen. Das Interesse an der Generalkommission ist, wie der Bericht ausweist, bei den einzelnen Gewerkschaften nicht sehr groß. Der Zeitpunkt für den Kongreß ist angesichts der zahlreichen jetzt schwebenden Lohnkämpfe schlecht gewählt, doch soll der Generalkommission kein Vorwurf daraus gemacht werden. Ich bin durchaus nicht der Ansicht, daß die Aufhebung der Generalkommission die Dezentralisation bedeutet. Im Gegentheil, es könnten sich noch viele kleinere Organisationen den größeren anschließen und mehr erreichen. Aber gerade hierin hat die Generalkommission so gut wie gar nichts geleistet. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Berufen sind nicht so groß, der Kampfsgeist muß nur nicht künstlich werden. Es wäre Pflicht der Generalkommission, hier helfend eingzugreifen. Sie hat das aber nicht gethan, und so sehe ich auch nicht ein, weshalb wir eine Institution unterstützen sollen, die diesem Kampfsgeist eher Vorschub leistet, als ihm Abbruch zu thun bestrebt ist. Ich bitte Sie deshalb, unsern Antrag auf Aufhebung der Generalkommission in ernste Erwägung ziehen zu wollen.

Ehe sich der Kongreß hierauf bis Dienstag früh acht Uhr vertagt, wird noch die Resolution Ross-Altona, in welcher der Kongreß ausspricht, daß er in dem über die gegenwärtig von Streikbrechern in der Mohr'schen Fabrik hergestellte Margarine verhängten Boykott eine berechtigte Abwehr erblickt, einstimmig angenommen. Schluß 6 1/4 Uhr.

Ständesamtliche Nachrichten vom 26. April bis 2. Mai 1896.

- Geburten.**
 a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters.
 20. April. Navigationslehrer Friedrich Adolph Cron. Schlachtermeister Carl Christian Martin Paul Junge. 22. Gärtner

- Gotthard Heinrich Decken. Zimmergeselle Johann Heinrich Borchert. Wilhelmshöhe. 23. Schlossermeister Hermann Heinrich Schaar. 24. Eisenbahnwagenschieber Julius Tischlergeselle Carl Emil Hagb. 26. Arbeitsmann Franz Arbeitsmann Carl Johann Hermann Benzlow. Zimmer Robert Jacob Hermann Vender. Arbeitsmann Hartwich Friedrich Wigger. 27. Kunst- und Handeldgärtner Carl Ehrenreich Alphon Abolf Rohrbanz. Arbeitsmann Sven U Arbeitsmann Heinrich Christian Friedrich Rupnan Koff Johann Heinrich Wittern. 28. Eisenbahnarbeiter Franz Christian Lörner. 29. Kaufmann Friedrich Christoph Grimm. Gärtner Fritz Johann Jochen Fied. 30. Kaufmann Joachim Johannes Timm. 2. Mai. Tischlergeselle Joachim Ludwig Dechow. Schmiedegeselle Hermann Friedrich Fuchs.

b) Mädchen. Namen und Beruf des Vaters.

12. April. Arbeitsmann Heinrich Friedrich Theodor 19. Arbeitsmann Joachim Heinrich Wilhelm Lewig. 21. Johann Klühl. 23. Bagermeister Ernst Johann Friedrich Posthillsbote Carl Friedrich Heinrich Hamer. Schlosser Johannes Carl Friedrich Rötger. Maschinist Adolph Carl Westphal. 25. Straßenreinger Joachim Heinrich Wilhelm G Chemiker Dr. phil. Gustav Theodor Weghe. 26. Drechsler Wilhelm Carl Heinrich Friedrich Schröder. 27. Klempner Heinrich Johann Friedrich Schulz. Eisenbahnbremsler Carl hard Louis Trenzelsburg. Hilfsknecht Georg Heinrich C Fabz. 28. Hauptlehrer Johann Caspar Heinrich Straß 29. Arbeitsmann Hermann Ludwig Groß. Tischlergeselle Jo Friedrich Wilhelm Otto Hansen. Erbpächter Wilhelm Schiering, Krempelsdorf. 30. Arbeitsmann Hans Heinrich B Wörth. 1. Mai. Buchhalter Heinrich Friedrich Wilhelm mann.

Sterbefälle.

25. April. Friedrich Edmund August Beyer, 14 J. Catharina Wilhelmine geb. Lenz, Wittve des Matrosen Hinrich Baußian, 81 J. 26. Altbinder Joachim Hinrich Sch 91 J. Hanuchen Jda Elsa Holziker, 4 M. 27. Charlotte Catharine Knoop, 25 J. Früherer Pader David Hinrich A Hümbler, 82 J. 28. Dorothea Catharina Maria Weier, 12 J Landmann Johann Paul Friedrich Müller, 38 J. Hans Joachim Barbs, 8 M. Paul Carl Felix Dilsen, 6 M. Ludwig Joseph Eduard Deymann, 42 J. 29. Alma Catharina Wendfeld, 8 M. Elsa Anna Pauline Sjölin, Christina Wilhelmina Margaretha geb. Krabbenhöft, Wittv Müllers Hinrich Wilhelm Habenfeldt, 68 J. 30. Martha Johanna Lüth, 2 J. Malermeister Carl Friedrich Hinrich mann, 69 J. Hans Gustav Friedrich Elwert, 1 J. Lehrer Heinrich Johannes Schopf, 51 J. Arbeitsmann Hans J Christian Hamann, 73 J. Carl Ludwig Path, 4 J. 1. Louise Dorothea Caroline Burmeister, 1 J. Dorothea Eli Eleonore geb. Groth, Ehefrau des Arbeitsmannes Johann Fr Schomann, 76 J. Christine Uffette geb. Hinrichsen, Wittv Arbeitsmannes Franz Friedrich Bruns, 78 J. Catharina aretha Elisabeth geb. Müller, Ehefrau des Arbeitsmannes Christoph Friedrich Veder, 69 J. Mathilde Wilhelmine W Dora Timm, 11 J. Richard Louis Max Bod, 1 J.

Ungeordnete Aufgebote.

27. April. Kaufmann Hans Heinrich Böld und Augusta Margaretha Heibelmann zu Bauenburg. Arbeiter Joachim Hinrich Wittfoht und Maria Friederike Louise Sch Posthillsbote Ernst Heinrich Hermann Arndt und Joh Magdalena Caroline Kath. Posthillsbote Carl Wilhelm Herr Behrens und Sophie Auguste Louise Engemann. 28. B. S. W. Nichtenwarf zu Hamburg und Eleonore Charl. Math. Schmiedegeselle Hermann Ernst Fritz Hartmann und Anna Moritz, des Arbeiters Johann Joachim Diesel Wittve. Art Johann Joachim Ludwig Sandherr und Anna Maria Wilhelm Thors. Schuhmachermeister Christian Wilhelm Kämpfer Schneidlingen und Doris Caroline Helene Elise Catharine M zu Altorpe. Tabakpflüner Richard Wilhelm Adrecht und Janne Henriette Aldermann, beide zu Nordheim. Kaufmann An Ofen genannt Otto Broch zu Hamburg und Elisabeth W Wilhelmine Grundorf. 29. Wädergeselle Friedrich Wil Müller und Anna Maria Caroline Witt. Realgymnasial-L lehrer Professor Dr. phil. Georg Wilhelm Walte zu Metten und Margaretha Dugge. Kaufmann Louis Christian Joachim und Elisabeth Catharine Magdalena Drems. Arbeiter Joh Wilhelm Rastens und Sophie Katharine Elisabeth Har Schriftföher Jochim Hinrich Carl Evers und Emma Maria riette Unter. 30. Kupferschmied Carl Johann Heinrich Ham und Marie Catharine Elisabeth Steffen. Arbeiter Georg A Hinrich Lindhorst und Dorothea Sophia Christine La 1. Mai. Lehrer Werner August Karl Heinrich Staat zu Dild dorf und Marie Auguste Badenborf zu Eutin. Arbeiter Hin Friedrich Krellenberg und Maria Anna Wilhelmine Kalkho. Warnow. Maschinenhülsergeselle Joachim Hinrich Frie Müller und Maria Friederike Auguste Caroline Huberta So Meline Witna Prohmann. Schriftföher Friedrich Wilhelm Anger und Marie Therese Wbbbe. Schuhmann Hermann Au Friedrich Tamn und Clara Mathilde Luise Peter zu Li Wauergeselle Wilhelm Theodor Christian Neefe und Chri Hermine Schröder, beide zu Kiel. 2. Arbeiter Hinrich Frie Martin Friedrichs und Sophie Johanna Magdalena Rod Tischlermeister Carl Johannes Hinrich Schwarz und Joha Louise Schulz. Steinhauerhülser Johann Georg Guder Catharine Wilhelmine Dorothea Stormer. Arbeiter Hein Joachim Wilhelm Ballert und Anna Maria Wilhelmine Ja zu Selmsdorf. Arbeiter Joachim Peter Hinrich Freitag. Karoline Maria Anna Katharina Arndt zu Schlutup. W arbeiter Hinrich Johann Joachim Bullmann und Maria D thea Elisabeth Dechow zu Feldhufen. Holzarbeiter Hinrich Lu Caspari und Pauline Christiane Emma Wenzel, beide zu Hu stad. Kaufmann und Fabrikant Stephanus Christian Hein Hörterling und Alwine Sophia Caroline Lindemann.

Eheschließungen.

28. April. Cigarrenhändler Friedrich Hinrich Christian halm John und Jda Dorothea Amalia Haase. Arbeiter Joac Johann Peter Hans Deuschow und Anna Catharina Wilhelm Wilms. 29. Kaufmann Hermann Hans Jochen Friedrich Behr und Henriette Magdalena Elisabeth Dräger. 30. Kaufmann E Friedrich August Gurl zu Schwerin und Dorothea Bertha E riette Wils. Kaufmann Wilhelm Moritz Hugo Radtke und wig Luise Ernestine Hohmann zu Serfowitz. Schlachter Hein Theodor Joseph Thies und Katharina Maria Dorothea Meyer Kuplin. 1. Mai. Klempner Johann Christian Hinrich Egg und Emma Mathilde Uffette Strund. Arbeiter Wilhelm Herm Emil Friedrich Julius Jendel und Pauline Auguste Chriß Eichmann. Schmied Johann Friedrich Schröder zu Klein-Bo und Auguste Louise Johanna Warden. Schlosserhülser Fried Wilhelm Franz Wölke und Katharina Maria Dorothea geb. Stüb des Arbeiters Johann Jochen Christian Eggert geschiedene C frau. 2. Klempner Gottfried Hinrich Hermann Gähler und H riette Louise Marie Behr (Währ). Schriftföher Gustav Herma Plepsch und Rosine Lubewise Grimm. Comptoirbote Hein Friedrich Martin Bullf und Catharina Maria Elisabeth Ste mann. Maurer Carl Hinrich Rughofe zu Uppensburg und Johanna Magdalena Thekla Köhlnes. Bureauchef Robert Spiege zu Hamburg und Elise Martens.